

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung  
des Europarates**

**über die Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates  
vom 21. bis 25. April 1980 in Straßburg**

Während der April-Tagung (Erster Teil der 32. ordentlichen Sitzungsperiode) erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Empfehlungen und Entschließungen, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Tätigkeitsbericht des Präsidiums**, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und zur Öffentlichkeit
- **Bericht des Ministerkomitees**  
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Mende (S. 22) und Dr. Vohrer (S. 23)
- **Politische Fragen** (Die Lage im Nahen Osten; die allgemeine Politik des Europarates)  
Hierzu sprachen die Abg. Frau von Bothmer (S. 12), Reddemann (S. 13), Dr. Geßner (S. 13)  
  
Beschuß der Versammlung  
Entschlieûung 728 betr. die Lage im Nahen Osten (S. 15)
- **Wirtschaft und Entwicklung** (Eine Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen; die Auswirkungen des schwankenden Goldpreises)  
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Holtz (S. 4), Frau von Bothmer (S. 6), Dr. Müller (S. 7)

Beschlüsse der Versammlung

EntschlieÙung 726 betr. eine Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (S. 8)

EntschlieÙung 731 betr. die Auswirkungen des schwankenden Goldpreises

— **Recht** (Abschaffung der Todesstrafe)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 11), Bardens (S. 11)

BeschluÙ der Versammlung

Empfehlung 891 und EntschlieÙung 727 betr. die Abschaffung der Todesstrafe (S. 12)

— **Kultur und Erziehung** (Die Zusammenarbeit mit der UNESCO)

Hierzu sprach Abg. Dr. Müller (S. 16)

BeschluÙ der Versammlung

Empfehlung 892 betr. die Zusammenarbeit mit der UNESCO (S. 17)

— **Sozialfragen und Gesundheit** (Die Armut in Europa)

Hierzu sprach Abg. Büchner (Speyer) (S. 23)

BeschluÙ der Versammlung

Empfehlung 893 betr. die Armut in Europa (S. 24)

— **Wanderarbeitnehmer, Flüchtlinge und Demographie** (Das Problem der Flüchtlinge aus Afghanistan)

BeschluÙ der Versammlung

EntschlieÙung 729 betr. das Problem der Flüchtlinge aus Afghanistan (S. 25)

— **Europäische Nichtmitgliedstaaten** (Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit in Osteuropa)

BeschluÙ der Versammlung

EntschlieÙung 730 betr. die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in Osteuropa

— **Haushalt und Intergouvernementales Arbeitsprogramm** (Haushaltsvoranschlag für die Verwaltungsausgaben der Versammlung 1981; der Zweite mittelfristige Arbeitsplan 1981—1986)

Beschlüsse der Versammlung

Stellungnahme 100 betr. den Haushaltsvoranschlag für die Verwaltungsausgaben der Versammlung 1981

Stellungnahme 99 betr. den Zweiten mittelfristigen Arbeitsplan 1981—1986

- **Geschäftsordnungsfragen** (Prüfung der Beglaubigungsschreiben; Beglaubigung der maltesischen Delegation)  
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Enders (S. 4), Dr. Geßner (S. 10)

Die Reden der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sind nachstehend mit Auszügen der betr. Beschlüsse der Versammlung abgedruckt.

Die Parlamentarische Versammlung wählte den niederländischen Abg. Henri de Koster (liberale Partei) wieder zu ihrem Präsidenten, Abg. Dr. Manfred Geßner (SPD) wieder zum Vizepräsidenten. Ausschußvorsitzende wurden die Abg. Dr. Ahrens (SPD) (Ausschuß für Regionalplanung und Kommunalbehörden), Frau von Bothmer (SPD) (Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit) und Büchner (Speyer) (SPD) (Ausschuß für Sozialfragen und Gesundheit). Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Politischen Ausschusses wurde Abg. Dr. Mende (CDU/CSU) gewählt. Als stellvertretende Mitglieder des Ständigen Ausschusses wählte die Versammlung Abg. Reddemann (CDU/CSU) und Dr. Vohrer (FDP).

Die Versammlung wählte Max Sørensen (Dänemark) zum Mitglied des Gerichtshofs für die Menschenrechte.

Den turnusmäßigen Bericht des Ministerkomitees trug dessen amtierender Vorsitzender, der spanische Außenminister Marcellino Oreja Aguirre vor (S. 17).

Zur Versammlung sprachen der portugiesische Ministerpräsident Francisco Sa Carneiro und der Generaldirektor der UNESCO, Amadou-Mahtar M'Bow.

An den Verhandlungen der Parlamentarischen Versammlung nahm eine parlamentarische Delegation aus Finnland mit den Mitgliedern Jakob Soedermann und Esko Almgren teil.

Bonn, den 7. Mai 1980

**Gerhard Reddemann**  
Sprecher

**Dr. Manfred Geßner**  
Stellvertretender Sprecher

Montag, 21. April 1980

Tagesordnungspunkt:

**Prüfung der Beglaubigungsschreiben**

(Drucksache 4526)

Berichterstatter: Abg. Urwin

**Dr. Enders (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Entschuldigung dafür, daß der prominente Gast aus Portugal noch einige Minuten warten muß. Es geht mir hier aber um ein Grundprinzip des Parlaments, und dieses ist so vordringlich, daß ich noch einige Worte dazu sagen möchte.

Ich hatte die Ehre, der Kommission anzugehören, die sich mit der **Mandatsprüfung** befaßte. Zu meiner Bestürzung mußte ich feststellen, daß es in unserer Geschäftsordnung jenen Artikel gibt, der verlangt, daß ein frei gewählter Parlamentarier noch die Bestätigung seiner Regierung haben muß. Wir entmannen uns gewissermaßen selbst, wenn wir diesen Artikel weiter in der Geschäftsordnung belassen. (Beifall) Wo kämen wir denn hin, wenn ein Parlament die Vertreter für den Europarat wählt und die Ausübung des Mandates von dem Wohlwollen der Regierung abhängig wäre? Dies könnte ja morgen jedem von uns passieren: Wir reisen hierher nach Straßburg und müssen feststellen, daß die Regierung gar keine Bestätigung dafür geschickt hat.

Herr Präsident, daher möchte ich dringend bitten, im Zusammenhang mit der Erörterung der Bestätigung des Mandats diesen Artikel der Geschäftsordnung aufs Korn zu nehmen. Meines Erachtens verstößt er gegen unsere Rechte in der Ausübung eines Mandats. Er muß geändert werden. Wir sollten eine dahin gehende Lösung finden, daß die Kollegen aus Malta an unserer Versammlung teilnehmen können.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des portugiesischen Ministerpräsidenten Francisco Sa Carneiro**

Tagesordnungspunkt:

**Tätigkeitsbericht des Präsidiums, des Ständigen Ausschusses sowie des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit**

(Drucksache 4527)

Berichterstatter: Abg. Munoz Peirats

Tagesordnungspunkt:

**Eine Strategie für die dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen**

(Drucksache 4513)

Berichterstatter: Abg. Holtz

**Dr. Holtz (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Vorhang der Armut, der Nord und Süd teilt, beiseite zu schieben, ist eine der zentralen Aufgaben, die sich im Rahmen der internationalen Beziehungen stellen. Die **Nord-Süd-Politik** ist eine neue Dimension der Friedenspolitik und, wie ich meine, auch eine neue Dimension der Entspannungspolitik. Wir können nicht nur von politischer und militärischer Entspannung, sondern auch von wirtschaftlicher und sozialer Entspannung sprechen. Der Brandt-Bericht ist ein hervorragendes Dokument und stellt eine der wichtigsten und aktuellsten Analysen der Nord-Süd-Problematik dar. Er unterstreicht die hervorragende Bedeutung, die der Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen zukommt.

Ich meine, daß man auch die Ursachen des Nord-Süd-Konflikts sehen muß: innere Ursachen, die in der Situation in den Ländern der Dritten Welt selbst begründet liegen. Dies mag beim Klima anfangen und über die Armut an Rohstoffen bis hin zu mangelhaften Eigenanstrengungen bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung reichen, aber auch äußere Ursachen haben, die unter anderem in dem Welthandels-, Währungs- und Wirtschaftssystem begründet sind.

Am Vorabend der dritten Dekade der **UN-Entwicklungsstrategie**, über die Mitte dieses Jahres im Rahmen einer Sondergeneralversammlung in New York verhandelt wird, will der Ihnen vorliegende Bericht sowie der Entschließungsentwurf einige Anregungen für diese Arbeit geben.

Während der ersten beiden Entwicklungsdekaden, also in den sechziger und in den siebziger Jahren, gab es Erfolge im Kampf gegen die Armut, aber eigentlich keinen entscheidenden Durchbruch bei dem Versuch, die Nord-Süd-Lücke zu schließen — bis auf einige wenige Ausnahmen, so etwa bei den erdölproduzierenden Staaten, auch bei einigen Schwellenländern oder bei einigen Bevölkerungsgruppen innerhalb von Entwicklungsländern. Die alten Entwicklungsstrategien gingen meines Erachtens zu sehr von der irrealen Annahme aus, daß das Wirtschaftswachstum der Industrieländer sich quasi automatisch in den Entwicklungsländern fortsetzen werde, wenn man eben nur genügend Technologietransfer, genügend Handel und genügend Entwicklungshilfe leiste. Diese Strategie schuf oft Entwicklung, ohne eigentlich der Masse der Bevölkerung zugute zu kommen. Diese Strategie bedeutete in vielen Fällen Wachstum ohne Entwicklung.

Deshalb halte ich einen Neuansatz der Entwicklungsstrategie für nötig. Diese neue Entwicklungsstrategie sollte sich von folgenden zentralen Prinzipien leiten lassen.

Erstens. Es muß darum gehen, daß die Länder der Dritten Welt nicht unbedingt alle Fehler nachvollziehen, die die Industriestaaten bei ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gemacht haben. Ich erinnere etwa an die massive Verschwendung von Ressourcen, an das zweifelhafte Ideal einer Konsumgesellschaft oder an die in einigen Ländern vorherrschende tiefe Krise der Werte oder auch der kulturellen Identität.

Zweitens. Abrüstung und Rüstungskontrolle sollten Teil der Entwicklungsstrategie sein. Es besteht eine Verbindung zwischen Entwicklung auf der einen Seite und Rüstung und Abrüstung auf der anderen Seite.

Drittens. **Entwicklungspolitik** sollte als Hauptziel verfolgen, menschenwürdige Bedingungen in den Ländern der Dritten Welt und solche Formen sozialen Lebens zu schaffen, die auch soziale Gerechtigkeit garantieren und die gleichzeitig Individuen wie gesellschaftlichen Gruppen die Wahrnehmung demokratischer Rechte ermöglichen.

Viertens. Entwicklung muß dazu beitragen, daß Fremdbeherrschung und Durchdringung von außen zurückgeschraubt und daß Einmischungen von außen zurückgedrängt werden.

Fünftens. Entwicklung zielt nicht nur auf den wirtschaftlichen und politischen Bereich, sondern auch auf Kultur, Zivilisation und Fragen der Ökologie.

In diesem Zusammenhang habe ich einen **ökologischen Generationenvertrag** gefordert, national wie international. Diejenigen, die heute in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft die Macht ausüben, die jetzige Generation, haben eine Verpflichtung gegenüber den Kindern und Enkeln, haben dafür zu sorgen, daß diese einen Planeten vorfinden, der nicht ausgeplündert und ausgelaugt ist.

Sechstens. Es ist unerlässlich, daß auch wir in unseren Ländern einen Produktions- und Konsumstil finden, der weniger aufwendig ist, der sparsamer ist.

Bei der Durchsetzung dieser Strategie wird es nicht nur darum gehen, daß die Regierungen und die Parlamente ihre Arbeiten in dieser Richtung vorantreiben. Ich erwarte auch von vielen nichtstaatlichen Organisationen, wie z. B. den Kirchen, wichtige Beiträge zu einzelnen Punkten dieser Strategie. Sie haben bewiesen, daß sie häufig sogar besser in der Lage sind, manche Bedürfnisse in den Entwicklungsländern zu befriedigen, als staatliche Stellen.

Der Entschließungsentwurf bedauert den geringen Umfang der durch die osteuropäischen Länder gewährten Hilfeleistungen, streicht aber auch heraus, daß die Industrieländer des Westens und auch diejenigen, die im Europarat vertreten sind, bis auf wenige Ausnahmen — besonders die nordischen Länder — noch zu wenig für die Entwicklungszusammenarbeit getan haben.

In der Entschließung wird darauf Bezug genommen, daß gemeinsame Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vorherrschen. Dieses Prinzip der gemeinsamen Interessen, das auch im Brandt-Bericht von herausragender Bedeutung ist, halte ich für einen wichtigen Ansatzpunkt, um auch unsere Bevölkerung davon zu überzeugen, wie notwendig

die Entwicklungszusammenarbeit, die wirtschaftliche und soziale Entspannung zwischen Nord und Süd ist.

Der Premierminister Sa Carneiro hat gerade darauf hingewiesen, daß bei uns Arbeitslosigkeit herrscht und daß strukturelle Katastrophen auftreten können. Ein Kolloquium über Entwicklungszusammenarbeit, das gemeinsam mit der OECD vom Europarat im Dezember 1978 veranstaltet wurde, hat als ein Ergebnis gezeitigt, daß wirtschaftliches und soziales Wachstum in den Ländern der Dritten Welt auch bei uns zu Impulsen des Wachstums führen kann. Während man etwa in den 60er Jahren sagen konnte, der Norden sei eine Wachstumsmaschine für den Süden, kann man heute auch formulieren, daß der Süden zu einer Wachstumsmaschine für den Norden werden kann.

Die Länder unter uns, die besonders stark exportabhängig sind, wissen, daß der größte Teil des Außenhandels mit den hochindustrialisierten Ländern abgewickelt wird und eben nicht mit den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern. Ich will nur ein Beispiel für die Bundesrepublik anführen: Die Bundesrepublik exportierte im Jahre 1978 nach Dänemark — vier Millionen Einwohner — Waren im Wert von sechs Milliarden DM, nach Indien — 700 Millionen Einwohner — nur Waren im Wert von 1,2 Milliarden DM; das ist ein Fünftel.

Gerade in dieser Situation, in der wir die verurteilenswerte Invasion der Sowjetunion nach Afghanistan zu beklagen haben, sollten wir als Vertreter demokratischer Staaten Europas unterstreichen, daß es uns bei der Entwicklungshilfe nicht darum gehen kann, Einflußzonen in den Ländern der Dritten Welt zu schaffen, die Länder der Dritten Welt nur als Aufmarschgebiete militärischer Art zu mißbrauchen. Wir sollten sie in ihrem Wunsch, einen eigenen Weg zu gehen — auch den Weg der Blockfreiheit —, unterstützen.

Zustimmend möchte ich in diesem Zusammenhang die Stellungnahme der protestantischen und der katholischen Kirche zum Brandt-Bericht zitieren, die vor einiger Zeit in Bonn veröffentlicht worden ist. Dort heißt es: „Die Veröffentlichung des Berichts fällt in eine Zeit, in der die Folgen der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan die Nord-Süd-Thematik in der öffentlichen Aufmerksamkeit überlagern. Ein auf längerfristige Partnerschaft zwischen Nord und Süd zielender Dialog, wie ihn der Bericht in Übereinstimmung mit vielen kirchlichen Stellungnahmen fordert, kann sich nicht entfalten, solange machtpolitische Erwägungen gegenüber der gemeinsamen Lösung der Probleme Vorrang haben.“ Die beiden Kirchen fahren fort: „Andererseits lehren gerade die Ereignisse im Mittleren Osten, daß die weltpolitischen Konflikte unserer Zeit sich längst gegenseitig durchdringen.“

Wie der Bericht betont, erfordert darum globale Entwicklungspolitik heute mehr denn je, daß Friedens- und Entspannungspolitik auch die Regionen der Dritten Welt einschließen. Friedliche Lösungen der dort bestehenden Konflikte werden allerdings auf Dauer nur dann möglich sein, wenn sich die Ost-

blockländer ernsthaft an der Suche nach Wegen für solche Lösungen beteiligen.

Der Entwurf der Ihnen vorliegenden Entschließung sagt, daß vorrangige Zielsetzungen sowohl die Erfüllung der Grundbedürfnisse — zum einen in materieller, zum anderen in immaterieller, in geistiger und geistlicher Hinsicht — sein sollen als auch die Unterstützung der Entwicklungsländer in ihren Bemühungen im Hinblick auf eine Reform ihrer Wirtschafts- und Sozialstrukturen, bei der ländlichen Entwicklung, bei der Durchführung ökologischer Programme, bei der Dezentralisierung von Industrie und Handwerk, bei der stärkeren Integration der Armen in den Entwicklungsprozeß — und ich füge hinzu: auch der Integration der Frauen in den Entwicklungsprozeß, und ich freue mich darüber, daß dazu ein Amendement unserer Kollegin Liv Aasen vorliegt —, und bei der Verbesserung der Planungs- und Verwaltungsstrukturen in den Ländern der Dritten Welt. Der Wissenschafts- und Technologieausschuß fügt hinzu, daß man ein besonderes Augenmerk auch auf Stärkung bzw. Schaffung neuer wissenschaftlicher technologischer Kapazitäten legen sollte. — Herr Präsident, ich möchte schon vorweg sagen: Ich stimme beiden Amendments zu.

Eine wichtige Position im Bericht und auch im Entschließungsentwurf nimmt der **Bericht der unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen** ein. Dieser **Brandt-Bericht** empfiehlt ein Dringlichkeitsprogramm für die Jahre 1980 bis 1986. Im Ausschuß bestand Einvernehmen darüber, daß dieses Notstandsprogramm ganz wichtig ist und in die Tat umgesetzt werden sollte. Nun findet sich im englischen Text die Wendung „to institute the emergency programme“, und im Französischen heißt es „à mettre en œuvre le programme d'urgence“. Im Deutschen sage ich „dieses Notstandsprogramm in die Wege zu leiten“.

Einigen Kollegen war das Wort „to institute“ zu stark. Ich wäre also dankbar, wenn insbesondere im Englischen ein anderer Begriff gefunden würde, so daß dann vielleicht alle Kollegen zustimmen können. Im Ausschuß hatten sich sechs Kollegen der Stimme enthalten, einer hatte dagegen gestimmt.

Dieses Dringlichkeitsprogramm bezieht sich zum einen auf massive Erhöhungen der Entwicklungshilfe, zum anderen auf eine internationale Energiestrategie, zum dritten auf ein umfangreiches Nahrungsmittelprogramm und letztlich auf die Einleitung einiger Reformen im internationalen Wirtschaftssystem. Die Entwicklungshilfe sollte möglichst bis 1985 auf das 0,7-Prozent-Ziel gebracht werden.

Zum Schluß heißt es, daß es vor allen Dingen wichtig ist, im Unterricht — im Schulunterricht, aber auch im Erwachsenenunterricht — einen Schwerpunkt auf die Entwicklungsfragen zu legen. Ich meine, daß es von entscheidender Bedeutung ist, besonders die Jugend für die Nord-Süd-Fragen, für den Kampf gegen die Armut, für eine gerechtere Welt zu engagieren.

Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, daß die hier vorliegenden Vorschläge zur Reform der Nord-Süd-Beziehungen und zur Lösung der internationalen sozialen Frage von unseren Re-

gierungen berücksichtigt und möglichst auch durchgesetzt werden, und zwar sowohl bei der eigenen nationalen Entwicklungspolitik als auch bei der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und bei den jetzt anstehenden Arbeiten im Rahmen der Vereinten Nationen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Entschließungsentwurf. — Danke schön.

**Frau von Bothmer (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kollegen! Im Bericht Holtz wird deutlich, daß die vergangenen **Entwicklungsstrategien** das Ziel nicht zufriedenstellend erreicht haben. Ich möchte nicht wiederholen, was dazu im Bericht im einzelnen gesagt ist, sondern ich möchte nur einige der Themen aufgreifen, da sie für Gegenwart und Zukunft wichtig sind. Es ist richtig und notwendig, daß die Länder der **Dritten Welt** erstens die Selbsthilfe aufgreifen sollten, daß sie zweitens ihre eigenen Vorstellungen einbringen und daß wir sie dazu ermutigen und unterstützen.

In diesen Zusammenhang gehört die Tatsache, daß bisher viel zu wenig bedacht worden ist, wie wichtig gerade die kulturelle Annäherung zwischen den entwickelten und den zu entwickelnden Ländern ist. In einer Zeit, in der der technische Fortschritt die Werte der kulturellen Identität hat fraglich werden lassen, bedarf es bei uns auch der Besinnung darauf, ob wir die Dritte Welt zu unseren Fehlentwicklungen ermutigen sollen und dürfen. Die Menschen, ihr Denken und Fühlen, müssen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Denn wem wollen wir sonst helfen? Mir scheint, wir verlieren das manchmal aus den Augen.

In diesem Zusammenhang will ich hervorheben, daß der Bericht sagt, man müsse erreichen, daß Bedingungen erhalten und geschaffen werden, die ein humanes Leben für alle ermöglichen. Dazu gehört in der Dritten Welt, daß die Anpassung an moderne Lebensbedingungen nicht überhastet und von vornherein falsch angefangen werden, indem z. B. hohe Industrialisierung einzelne Gebiete in ihren Sog zieht und Instabilität in die Region bringt. Deshalb muß großer Wert auf die ländliche Entwicklung gelegt werden, die die gesamte Region erreicht. Auf diese Weise können die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen werden, die ein junges Land braucht, um seine Bevölkerung auf den Stand der heute notwendigen Erfordernisse zu bringen. Ausreichende und gesunde Ernährung und nach Möglichkeit auch Nahrungsmittelvorsorge werden gewährleistet, das Handwerk kann in traditioneller Weise gepflegt und weiterentwickelt werden, und zugleich kann die Ausbildung junger Menschen gefördert werden. Schulen und Ausbildungsstätten gehören dazu, so daß Verwaltung und Markt bedient werden können und endlich mittlere Industrie eigenständig aufgebaut wird. Das allerwichtigste ist dabei, daß der Mensch in seiner eigenen engeren und weiteren Umgebung gesehen und respektiert wird. Seine Werte dürfen ihm durch die sogenannte Entwicklung in unserer seelenlosen technischen Welt nicht verloren gehen. Ich bin davon überzeugt, daß wir in Europa von unseren Partnern in der Dritten Welt nicht nur Rohstoffe und Handelswaren nehmen wol-

len und sollen, und zwar zu gerechten Bedingungen, sondern daß wir von ihnen vielleicht etwas wieder annehmen können, das uns weitgehend verlorengegangen ist, nämlich menschliches Zusammenleben. Die neue Entwicklungsstrategie, die in diesem Bericht und in dem Bericht der Brandt-Kommission klar gefordert wird, ist nach beiden Seiten gerichtet. Sie fordert eine neue Struktur der Gesellschaft im ganzen, und dieses Ziel wird — das ist deutlich — nicht mit Worten allein erreicht werden.

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Bericht des Kollegen Holtz liest, ist man hin- und hergerissen. In ihm sind klare Einsichten und Schlußfolgerungen, aber auch ideologiebefrachtete Feststellungen anzutreffen. Beides geht Hand in Hand. Ich möchte dafür nur ein Beispiel nennen. Auf Seite 2 spricht der Berichterstatter davon, daß die Armut der Massen in den meisten **Entwicklungsländern** dadurch entstanden ist, daß Welthandel, Weltwährungsordnung und das ökonomische System der westlichen Industrienationen der Dritten Welt diesen Schaden auferlegt haben.

1907 tagte ein internationaler Kongreß. Auf diesem Kongreß hat ein bedeutender Politiker die Feststellung getroffen, daß Kolonialpolitik notwendig sei, um den Wilden Zivilisation und Kultur zu bringen. Das war nicht etwa ein Unternehmerkongreß von multinationalen Konzernen, sondern es war der internationale Kongreß der Sozialistischen Internationale in Stuttgart, auf dem diese Feststellung getroffen wurde.

Heute würde niemand in der westlichen Welt eine solche Feststellung noch zitieren. Sie zeigt aber, wie sich in der geschichtlichen Entwicklung doch manches verändert hat. Wenn man den Bericht des Berichterstatters nimmt, hat man das Gefühl, daß man über die gegenwärtige sozialistische Fraktion vielleicht schon einen Griff in die Zukunft, in die Welt der Grünen getan hat, denn es sind in diesem Bericht natürlich auch ein paar Utopien enthalten. So heißt es z. B., daß wir unsere Gehirne dekolonialisieren müssen und daß dazu eine neue Weltordnung der Informationen notwendig ist. Das mag sicher für einen Teil gelten, aber es kann bestimmt nicht für die Mehrheit der so genannten freien Nationen des Westens, in denen die Möglichkeiten der Information doch sehr vielfältig sind, gelten.

Das gleiche gilt etwa für den Vorschlag, eine Steuer auf Waffenexport, internationalen Verkehr außerhalb der Territorialgewässer und Nutzung des Meeresbodens zu erheben. Ich würde es z. B. als Bayer begrüßen, wenn eine solche Steuer in internationalen Verkehr Platz griffe, denn dann wäre für die bayerische Donauschiffahrt der Verkehr wieder möglich, der heute durch die Ostblockschiffe mit ihren Dumpingpreisen fast ruiniert wird. Eine solche Steuer könnte dies korrigieren. Ich weiß aber, daß das Ganze Illusion ist, denn ich kann mir schwer vorstellen, daß der Gerichtsvollzieher einer internationalen Finanzbehörde im Kreml die Steuern für den Waffenexport eintreiben will. Man soll sich deshalb vor utopischen Forderungen hüten.

Andererseits enthält der Bericht auch sehr wahre Erkenntnisse, die zu unterschreiben sind. Natürlich gibt es Reste des Kolonialismus in Südafrika. Denken wir nur daran, daß die Minenarbeiter aus Mocambique, die in Südafrika arbeiten, nicht einmal ihren vollen Lohn ausgezahlt bekommen, weil auf Grund einer Vereinbarung zwischen der marxistischen Regierung in Mocambique und der Regierung in Südafrika ein Teil des Lohnes in Gold direkt an die Regierung ihres Heimatlandes ausbezahlt wird.

Natürlich gibt es **Militarisierung**. Wir wissen, daß die Sowjetunion zu Beginn der 70er Jahre an vier nächstliche Entwicklungsländer allein 5 000 Panzer — etwa die Hälfte der Gesamtzahl der in der NATO in Aktion befindlichen Panzer — geliefert hat und daß zwischen 1972 und 1976 alleine in der Sowjetunion im Vergleich zu den USA die fünffache Zahl von Panzern, die dreifache Zahl von bewaffneten Mannschaftswagen und die zehnfache Zahl von Artilleriegeschützen hergestellt wurden, die heute in einem größeren Umfang als etwa die Waffen aus den Vereinigten Staaten in Entwicklungsländer gehen.

Der wichtigste Punkt — meine Damen und Herren, leider erlaubt die Zeit es nicht, hierauf näher einzugehen — scheint mir aber die Herausstellung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land durch diesen Bericht zu sein. Die Weltbank hat vor kurzem einmal festgestellt, daß heute in der Welt eine echte Ausbeutung des Landes durch die Ballungszentren, durch die Städte stattfindet. Darin scheint mir die Hauptcrux auch der Entwicklung in den Entwicklungsländern zu liegen. Die forcierte Industrialisierung in den Ballungsräumen hat zur Landflucht beigetragen, hat die Ernährungsgewohnheiten der Menschen verändert, hat dadurch verstärkt Nahrungsmittelimporte provoziert und hat die Eigenproduktion vor allem von Agrarprodukten verringert.

Hier, in der Förderung der ländlichen Gebiete liegt die einzige Chance, die Probleme der Entwicklungsländer in der nächsten Dekade zu lösen. Hier gibt es Vorschläge der FAO, etwa auch zur Frage der **Landreform**. Es gab einen Kongreß im vorigen Jahr; der Bericht des Kollegen Calatayud und von mir selbst zu diesem Problemkreis liegt vor. Dort wird aufgezeigt, wo die Chance besteht, in den Entwicklungsländern selbst durch eine Verlagerung des Schwergewichts — —

(Intervention des Präsidenten  
wegen Redezeitüberschreitung)

*Schlußwort des Berichterstatters:*

**Dr. Holtz (SPD):** Besten Dank, Herr Präsident! Ich glaube, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sollte ich nicht antworten, sondern nur auf eine Stelle in den Ausführungen des letzten Redners eingehen. Herr Kollege Müller, ich möchte Sie darum bitten, noch einmal im vierten Abschnitt nachzuschauen, wo ich darlege, welche Ursachen die Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt hat. Da führe ich innere und äußere Ursachen an, und unter die äußeren Ursachen zähle ich als einen

wichtigen Faktor das Wirtschafts-, Handels- und Währungssystem. Ich habe das nicht einseitig gesehen. Vielleicht hat man Ihnen da eine falsche Information aufgeschrieben.

#### Entschließung 726

#### betr. eine Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

##### Die Versammlung

1. hat den Bericht über eine Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen zur Kenntnis genommen, der ihr von ihrem Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 4513) vorgelegt wurde;
2. ist der Ansicht, daß die ersten beiden Entwicklungsdekaden der Vereinten Nationen (die im wesentlichen quantitative Zielsetzungen hatten) in bestimmten Sektoren einen begrenzten Erfolg hatten (Abkommen von Lomé, Teilmoratorien bei Schulden usw.), daß sie jedoch bei der Schaffung gerechterer Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern keinen entscheidenden Durchbruch erzielt haben (das gilt besonders für die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe);
3. berücksichtigt den Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen („Brandt-Kommission“), eine Plattform für die Entwicklung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd in den kommenden Jahren, die ein ausgezeichnetes Instrument darstellt, um in der Politik und der Öffentlichkeit eine für die Entwicklung positive Einstellung zu fördern;
4. betont die Notwendigkeit, die Mitwirkung der Frauen an dem gesamten Entwicklungsprogramm zu aktivieren;
5. ist der Meinung, daß der Hauptwert des Berichts der Brandt-Kommission darin besteht, daß frühere, unkoordinierte Vorschläge systematisiert, originäre Vorschläge vorgebracht und die Nord-Süd-Fragen in einen politischen Zusammenhang gestellt wurden;
6. weist darauf hin, daß ein dauerhafter Friede nicht möglich ist, solange die fundamentalen Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft sowie die katastrophale Situation der Entwicklungsländer weiterbestehen (allein 1975 starben 15 Millionen Kinder in der Dritten Welt), und solange der zunehmend militaristische Trend in der Weltpolitik fortbesteht;
7. ist der Ansicht, daß die Politik der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd eine neue Dimension der Friedenspolitik darstellen sollte, die in bezug auf die Entwicklungsländer energische Maßnahmen zur Beseitigung des Hungers, der Armut der Massen und der großen Ungleichgewichte im Lebensstandard von reich und arm umfassen sollte;
8. bedauert die Hinhaltetaktik bestimmter Industriestaaten und die ständigen Maximalforderungen einiger Entwicklungsländer, die die Reform der internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung dadurch verzögert haben, daß sie wichtige internationale Verhandlungen zunichte machten; dafür bietet die jüngste UNIDO-Konferenz ein neuerliches trauriges Beispiel;
9. bedauert den geringen Umfang der Hilfsleistungen der osteuropäischen Länder;
10. bedauert den relativen Rückgang der Hilfsleistungen verschiedener westlicher Industriestaaten und fordert diese dringend auf, den Anteil der öffentlichen Hilfe entsprechend dem durch die Vereinten Nationen festgesetzten Ziel auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts zu erhöhen;
11. erinnert daran, daß das Kolloquium über Entwicklungszusammenarbeit, das gemeinsam mit der OECD im Dezember 1978 veranstaltet wurde, gezeigt hat, daß die Interessen der Industriestaaten und der Länder der Dritten Welt miteinander verflochten sind, wobei das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Industriestaaten beitragen könnte;
12. unterstreicht die führende Rolle, die Europa bei der Entwicklungszusammenarbeit spielen sollte, und stellt fest, daß in dieser Hinsicht das Abkommen von Lomé, das zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) geschlossen wurde, und gemeinsame Entwicklungsprojekte, die von Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften ausgearbeitet wurden, positive Elemente für neue Beziehungen zwischen Nord und Süd enthalten;
13. ist der Ansicht, daß Europa besonders in dieser schwierigen Zeit die Politik der Entwicklungszusammenarbeit nicht dazu benutzen darf, sich Einflußzonen zu schaffen und zur Entstehung militärischer Bündnisse beizutragen;
14. vermerkt die ausschlaggebende Bedeutung, die in diesem Zusammenhang der Rolle der Wissenschaft und Technologie zukommen muß, und bezieht sich in dieser Hinsicht auf das von der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (Wien, 20.—31. 8. 1979) vorgeschlagene und von der UN-Vollversammlung verabschiedete „Aktionsprogramm“, das zur Schaffung folgender Einrichtungen geführt hat:
  - ein System der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten, das einen wirksameren Beitrag zum wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt der Entwicklungsländer leisten soll;
  - ein Fonds und entsprechende Strukturen zur Durchführung dieses Systems;
15. fordert die Mitgliedsländer des Europarats auf, im Hinblick auf die Konferenzen, die die Annahme einer Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen vorbereiten sollen eine gemeinsame Strategie der Zu-

sammenarbeit zu entwickeln, die sich auf folgende vorrangige Zielsetzungen stützt:

- i. Befriedigung der Grundbedürfnisse des einzelnen, und zwar sowohl in materieller (Nahrungsmittel, Gesundheit, Unterbringung, Kleidung), als auch in geistiger Hinsicht, (Erziehung, Kultur, Beteiligung am Entscheidungsprozeß usw.);
  - ii. Unterstützung der Entwicklungsländer in ihren Bemühungen im Hinblick auf:
    - a) eine Reform ihrer Wirtschafts- und Sozialstrukturen, um Armut und ungerechte Einkommensverteilung energisch zu bekämpfen;
    - b) die ländliche Entwicklung, um einem voraussehbaren Nahrungsmittelmangel zuvorzukommen;
    - c) die Festlegung und Durchführung ökologischer Programme, die es ermöglichen, neue umweltfreundliche Energiequellen zu finden, die schnell fortschreitende „Verwüstung“ bestimmter Regionen aufzuhalten und das Erbe zukünftiger Generationen zu erhalten;
    - d) eine Dezentralisierung der Industrie und des Handwerks unter Nutzung geeigneter Technologien in kleinen und mittleren Unternehmen, um die Landflucht einzudämmen;
    - e) eine stärkere Integration der Armen in den Entwicklungsprozeß und die Schaffung eines gerechten und wirksamen Steuersystems (vgl. Kolloquium über internationale Steuerhinterziehung und Steuerflucht, das vom 5. bis 7. März 1980 von der Parlamentarischen Versammlung veranstaltet wurde;
    - f) eine Verbesserung ihrer Verhandlungskapazitäten sowie die Stärkung ihrer internen Planungs- und Verwaltungsstrukturen, um ihre Fähigkeit, Entwicklungshilfe zu verwerten, zu erhöhen, Verschwendungen zu bekämpfen und die inneren Hindernisse im Hinblick auf die Entwicklung zu beseitigen;
  - iii. Schaffung neuer und Stärkung bestehender wissenschaftlicher und technologischer Kapazitäten, entsprechend den vorrangigen Bedürfnissen der Entwicklungsländer, sowie die Schaffung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, um die Ausbildung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern an Ort und Stelle zu fördern und die Abwanderung der Intelligenz einzudämmen;
16. fordert die Mitgliedsländer des Europarats auf, das im Bericht der Unabhängigen Kommission für internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission) empfohlene Dringlichkeitsprogramm für 1980—85 in die Wege zu leiten, das auf folgenden Schwerpunkten basiert:

- ein umfangreicher Transfer von Mitteln in Entwicklungsländer
- eine internationale Energiestrategie
- ein weltumspannendes Nahrungsmittelprogramm
- die Inangriffnahme größerer Reformen des Weltwirtschaftssystems und bei der Formulierung ihrer Politik die detaillierten Vorschläge zu berücksichtigen, die im Bericht der Brandt-Kommission gemacht wurden:
  - i. Erhöhung der Finanzhilfe an die Dritte Welt, besonders dadurch, daß sich die Mitgliedstaaten des Europarats, die dies nicht bereits getan haben, verpflichten, die öffentliche Entwicklungshilfe zu erhöhen, so daß spätestens bis zum Jahre 1985 das gesetzte Ziel von 0,7% ihres Bruttosozialprodukts erreicht ist;
  - ii. Durchführung einer Energiestrategie, die die Sicherstellung einer kontinuierlichen Ölversorgung, einer allmählichen und vorhersehbaren Erhöhung der Ölpreise in realem Wert, strenger Sparmaßnahmen für Ressourcen und der Entwicklung erneuerbarer Energiequellen zum Ziel haben sollte;
  - iii. ein ausgewogenes Programm der industriellen Anpassung und Umstrukturierung im gegenseitigen Interesse der Industriestaaten und der Entwicklungsländer auf der Grundlage der Notwendigkeit, den Zugang der Erzeugnisse von Ländern der Dritten Welt zu den Märkten der Industriestaaten und auf internationaler Ebene die Annäherung gerechter Arbeitsnormen zu erleichtern, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und die Liberalisierung des Handels zu ermöglichen;
  - iv. Reform der Konditionen für die Darlehensgewährung an Entwicklungsländer durch den Internationalen Währungsfonds, wobei die politischen und sozialen Bedingungen in diesen Ländern stärker berücksichtigt und ihr Recht auf Beteiligung am Entscheidungsprozeß anerkannt werden sollten (möglicherweise durch die Schaffung eines Weltentwicklungsfonds);
  - v. Schaffung eines automatischen Transfers von Einkünften durch die Erhebung internationaler Abgaben auf den Export von Rüstungsgütern, den internationalen Verkehr und die Ausbeutung von Ressourcen des Meeresbodens außerhalb territorialer Gewässer;
  - vi. Maßnahmen, um die Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt zu beheben, wobei die kulturellen Faktoren zu berücksichtigen

sind, die eine Politik der Bevölkerungsplanung erschweren;

- vii. eine bessere Koordinierung und Intensivierung der Programme und Budgets der internationalen Organisationen, um eine kostspielige Doppelarbeit zu vermeiden;
- 17. unterstreicht die Notwendigkeit eines schnellen und erfolgreichen Abschlusses der gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen (besonders über die Verwirklichung des Gemeinsamen Rohstofffonds), wodurch es möglich wäre, Fortschritte in Richtung auf eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialordnung zu machen, entsprechend den insbesondere in ihren Entschließungen 681 (1978) über eine neue internationale Wirtschaftsordnung und 639 (1979) über multinationale Gesellschaften definierten Richtlinien;
- 18. fordert die Mitgliedsländer des Europarats dringend auf, wie schon in ihrer Empfehlung 877 (1979) über die Zusammenarbeit zum Wiederaufbau von Nicaragua geschehen, Dringlichkeitsmaßnahmen zu ergreifen, um den Ländern in der Dritten Welt zu helfen, wo das Entstehen oder die Stabilität demokratischer Institutionen durch zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten bedroht sind;
- 19. fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarats dringend auf, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen zu überzeugen, und unterstützt in dieser Hinsicht die jüngste Initiative des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) zur Förderung eines Unterrichts über Entwicklungsfragen in den Schulen.

**Dienstag, 22. April 1980**

Tagesordnungspunkt:

### **Beglaubigungsschreiben der maltesischen Delegation**

Berichterstatter: Abg. Dr. Geßner

**Dr. Geßner (SPD):** Herr Präsident! Wir haben gestern nachmittag darüber diskutiert, ob die maltesische Delegation an unseren Beratungen teilnehmen kann. Die Debatte wurde erforderlich, nachdem bis gestern von seiten der maltesischen Regierung keine Bestätigung vorlag.

Ich fasse den Inhalt der Diskussion, die wir gestern hatten, sicherlich richtig zusammen, wenn ich sage, daß wir den Umstand, daß bis gestern keine Mitteilung ergangen ist, als Respektlosigkeit sowohl gegenüber dem Parlamentarismus insgesamt als auch insbesondere gegenüber dem Europarat empfinden. Heute morgen hat sich das Büro mit der Frage be-

faßt und ist zu folgendem Ergebnis gekommen, das ich Ihnen nunmehr verlesen werde:

Erstens. Bis zur Eröffnung der 32. Sitzungsperiode der Versammlung ist die in Art. 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung vorgesehene **Bestätigung der maltesischen Delegation** nicht eingegangen.

Zweitens. In Beantwortung eines Fernschreibens des Präsidenten der Versammlung vom 21. April 1980, 10 Uhr, erklärte der maltesische Premierminister und Minister des Auswärtigen in einem am gleichen Tage um 16.30 Uhr eingegangenen Fernschreiben, daß — ich zitiere nunmehr wörtlich — „das Repräsentantenhaus die Zusammensetzung der Delegation noch nicht geändert hat, daß aber ein Antrag auf Ernennung einer neuen Delegation vom Minister für parlamentarische Angelegenheiten angekündigt worden ist“.

„Die Zusammensetzung“, so heißt es in dem Schreiben weiter „dieser Delegation wird davon abhängen, ob das Pairing-Abkommen von der Opposition gemäß der bei der parlamentarischen Sitzung des Repräsentantenhauses der Republik Malta am 15. März 1977 eingegangenen Verpflichtung respektiert wird“. Dies erklärt, warum die laufende Sitzungsperiode der Versammlung des Europarates keine Bestätigung des Beglaubigungsschreibens erhalten hat.“

Ich füge hinzu: Dieses Schreiben hätte auch bereits gestern eingehen können.

Drittens. Das Büro war der Auffassung, es sei nicht seine Aufgabe, sich in die Beziehungen oder Vereinbarungen zwischen Parteien eines nationalen Parlamentes einzumischen. Andererseits sei es seine Pflicht, soweit wie möglich zu gewährleisten, daß alle Mitgliedsparlamente in demokratischem Geist an der Arbeit der Versammlung teilnehmen, gemäß Art. 25 der Satzung des Europarats.

Viertens. Das Büro hat ferner davon Kenntnis genommen, daß das maltesische Parlament seine Delegation zur parlamentarischen Versammlung mit Wirkung vom 6. Dezember 1978 für die Dauer von zwei Jahren ernannt hat. Unter diesen Umständen hat das Büro mit einer Gegenstimme entschieden, der Versammlung vorzuschlagen, die genannte Mitteilung des maltesischen Premierministers als vorläufige Bestätigung der maltesischen Delegation anzusehen und festzustellen, daß bis zum Erhalt eines neuen Beglaubigungsschreibens und der Annahme durch die Versammlung die Herren Buttigieg, Grima und Tabbone als Vertreter und die Herren Demarco, Micallef und Skiberras als Stellvertreter berechtigt sind, ihren Sitz in der Versammlung einzunehmen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß heute morgen deutlich wurde, daß es einen gewissen Dissens zwischen zwei Bestimmungen gibt, nämlich zwischen Bestimmung 6 und Bestimmung 25. Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß es notwendig ist, im Laufe der Zeit eine Regelung zu finden, die jeglichen Widerspruch von vornherein unmöglich macht.

Tagesordnungspunkt:

## Abschaffung der Todesstrafe

(Drucksache 4509)

Berichterstatte: Abg. Lidbom

**Reddemann** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Das Gesetz vom Sinai lehrt uns: Du sollst nicht töten. Das Gesetz des Dschungels menschlicher Leidenschaften belehrt uns, daß der Mensch leider doch tötet. Das Gesetz einer archaischen Logik sagt dazu: Wenn ein Mensch einen anderen Menschen nicht töten darf, aber ein Mensch doch einen anderen Menschen tötet, dann muß ein anderer Mensch diesen Menschen töten. Ich glaube, in diesen wenigen Sätzen liegt bereits die Inhumanität solcher Art von Logik. Es wird deutlich, daß wir durchaus nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht haben, die **Todesstrafe** auch dort noch abzuschaffen, wo sie bis heute besteht.

Meine Damen, meine Herren, ich weiß genau, welche Emotionen gerade das Thema der Todesstrafe nicht nur in dieser Versammlung, sondern überall dort auslöst, wo wir in unseren Wahlkreisen oder an anderen Stellen darüber sprechen. Ich meine aber, wir sollten gerade in einer Versammlung wie dieser sehr nüchtern über die gesamte Frage diskutieren.

In Deutschland haben wir die Todesstrafe im Jahre 1949 abgeschafft, und zwar vor dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus. Wir haben im Grundgesetz verankert, daß niemand mehr vom Staat getötet werden darf. Es wird Sie deswegen nicht verwundern, wenn die gesamte deutsche Delegation einstimmig beschlossen hat, sich bei der heutigen Entscheidung für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Meine Damen, meine Herren, wir konnten seit damals Erfahrungen sammeln. Diese Erfahrungen zeigen, daß es in der Tat kein extremes Anwachsen der Kriminalität gegen das Leben gibt, seit die Todesstrafe bei uns abgeschafft wurde. Wir glauben also nicht nur einfach, daß die Todesstrafe nicht die Abschreckung besitzt, die ihre Verfechter annehmen, sondern wir wissen dies auf Grund der Erfahrungen, die wir seit 1949 sammeln konnten.

Gestatten Sie mir diese historische Bemerkung: In allen mittelalterlichen Chroniken können Sie lesen, daß man Taschendiebe zur damaligen Zeit öffentlich zu Tode quälte — anders kann man es wohl nicht nennen — und daß zur selben Zeit, da diese staatlich legitimierte Morde an jenen Menschen stattfanden, auf den großen Märkten, auf denen die Menschen zusammengeströmt waren, um sich das Schauspiel der Hinrichtungen anzusehen, die größte Anzahl von Taschendiebstählen stattfand, die man in den Städten erlebt hat. Das heißt, schon früher war eigentlich klar, die Abschreckung war nicht vorhanden.

Heute ist gesagt worden, die Abschreckung durch die Todesstrafe könnte bei Terroristen möglicherweise helfen. Auf Grund unserer Erfahrung kann ich da nicht zustimmen. Wir haben leider erlebt, wie Terroristen den Selbstmord vorgezogen haben, um

dem verhaßten demokratischen Regime noch eine Schwierigkeit zu bereiten. Angesichts solcher Fälle vermag ich nicht daran zu glauben, daß es eine Präventivmöglichkeit auf Grund der Todesstrafe gibt. Aber: Gleichgültig, wie wir zu diesem Thema stehen, gleichgültig, ob wir uns für oder gegen die Todesstrafe aussprechen — ich bin ziemlich sicher, daß man uns nicht daran messen wird, wie wir heute hier entschieden haben, sondern daß man uns daran messen wird, was wir für die Opfer und für die Hinterbliebenen der Opfer von Gewaltverbrechen tun. Deswegen appelliere ich hier an Sie, nicht nur den vorliegenden Entwürfen des Ausschusses zuzustimmen, sondern unmittelbar im Anschluß daran zu überlegen, welche Empfehlungen wir den Mitgliedsstaaten des Europarates geben können, damit eine gerechtere und vernünftige Hilfe für alle diejenigen möglich ist, die Opfer von Verbrechen werden.

**Dr. Bardens** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach manchen vorausgegangenen Äußerungen kann ich mir grundsätzliche Darlegungen ersparen. Ich möchte nur sagen, daß ich es begrüße, daß nach langjährigen Debatten im Rechtsausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wenigstens eine Mehrheitsentscheidung für die vor uns liegende Entschliebung und für den Entwurf einer Empfehlung an den Ministerrat zustande gekommen ist.

Für die **Abschaffung der Todesstrafe** spricht unsere gemeinsame Überzeugung, daß das menschliche Leben unantastbar sein soll, daß es dem Staat verboten sein soll, einen Menschen, ganz gleich, unter welchen Umständen und aus welchen Gründen, für lebensunwert zu erklären.

Wir haben aus unserer jüngeren deutschen Geschichte gelernt, daß immer wieder die Gefahr des Mißbrauchs gegeben ist, wenn der Staat auf seinem Recht zu töten oder zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben zu unterscheiden, besteht. Unsere Verfassung, unser Grundgesetz in der Bundesrepublik Deutschland hat in Art. 102 die Todesstrafe uneingeschränkt abgeschafft. Wir haben dabei wie andere Länder die Erfahrung gemacht, daß die Schwerestrafkriminalität danach nicht zugenommen hat. In manchen Bereichen hat sie sogar abgenommen. Die Androhung, Verhängung und Ausführung der Todesstrafe wirkt offenbar kaum abschreckend, sondern oft korrodierend auf die allgemeine Achtung einer menschlichen Wertordnung und auf die allgemeine Achtung vor dem Leben. Ich begrüße deshalb die vorgelegte Entschliebung, bedaure aber gleichzeitig ausdrücklich, daß sie nur die Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten verlangt. Meine Freunde und ich könnten deshalb eine entsprechende Änderung der Menschenrechtskonvention nur als einen ersten — wenn auch sehr wesentlichen — Schritt zu ihrer — der Menschenrechtskonvention — Vollendung ansehen.

Ich darf alle Kollegen in diesem Hause eindringlich bitten, im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung auf eine baldige Realisierung des Anliegens dieser Empfehlung und dieses Konventionsentwurfs zu drängen.

## EntschlieÙung 727

## betr. die Abschaffung der Todesstrafe

## Die Versammlung

1. ist der Auffassung, daß die Todesstrafe unmenschlich ist;
2. appelliert an die Parlamente derjenigen Mitgliedstaaten des Europarates, die die Todesstrafe für in Friedenszeiten begangene Verbrechen beibehalten haben, diese in ihrem Strafrecht abzuschaffen.

## Empfehlung 891

## betr. die Abschaffung der Todesstrafe und die Europäische Menschenrechtskonvention

## Die Versammlung

1. bezieht sich auf ihre EntschlieÙung 727 (1980) über die Abschaffung der Todesstrafe;
2. vertritt die Ansicht, daß die Europäische Menschenrechtskonvention in Artikel 2 das Recht eines jeden Menschen auf Leben anerkennt, jedoch vorsieht, daß die absichtliche Tötung in Vollstreckung eines von einem Gericht gefällten Todesurteils in dem Fall vorgenommen werden kann, in dem das Verbrechen durch Gesetz mit dieser Strafe belegt wird;
3. empfiehlt dem Ministerkomitee, Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention im Sinne der EntschlieÙung 727 (1980) der Versammlung zu ändern.

## Tagesordnungspunkt:

## Die Lage im Nahen Osten

(Drucksache 4524)

Berichterstatte: Abg. Baumel

**Frau von Bothmer (SPD):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! 1947 entschied sich die UNO für zwei Staaten in Palästina, für einen israelischen und für einen palästinensischen Staat. Das ist total vergessen worden. Die Maximalforderung der Palästinenser war nun zunächst, nachdem sie vertrieben waren, das ganze Land zurückzuerhalten. Die Maximalforderung der Israelis ist nach wie vor, Groß-Israel zu haben, und zwar bis in den Süden des Libanon hinein. Das ist keine neue Forderung. Das ist eine Forderung, die schon vor 1920 von den ersten Zionisten erhoben worden ist.

Nun müssen wir sehen, wie die Stellung der beiden Parteien zu diesen Maximalforderungen heute ist. Die Israelis bestehen nach wie vor auf ihrer Maximalforderung und wirken rüstig darauf hin, sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Palästinenser erklären inzwischen, daß sie mit einem Stück ihres Landes zufrieden wären. Das heißt natürlich, daß das übrige — größere — Stück des Landes „Israel“ bleibt. Obgleich die PLO für die Palästinenser inzwischen verschiedene Angebote dieser Art gemacht hat, wird weiter gefordert: Solange die Palästinenser

nicht deutlich zum Ausdruck bringen ... usw. usf. Ich glaube, man sollte einmal hören, was die Palästinenser wirklich sagen.

Der tragische Mangel an europäischer Gesprächsbereitschaft ist eine ernste Bedrohung der internationalen Lage, denn im gesamten Nahen Osten wird das Problem der Palästinenser als vordringlichstes Problem angesehen. Es wird noch wichtiger als die Probleme im Iran und in Afghanistan eingeschätzt. Die Geschehnisse in diesen beiden Ländern greifen allerdings in dieses ungelöste Problem mit ein und bringen eine noch größere Gefährdung für die Region und für die Welt mit sich. Kann es uns — allein einmal von unserer wirtschaftlichen Lage aus gesehen — gleichgültig sein, daß das ungelöste Problem im Nahen Osten auch für uns an Größe zunimmt, weil wir es gewissermaßen wie eine heiÙe Kartoffel liegenlassen und den palästinensischen und israelischen Konflikt lieber vor sich hinbrüten lassen, statt zu einer Lösung beizutragen? Glaubt man wirklich, daß Frieden zu erreichen sein wird, wenn die ausgestreckte Hand der Palästinenser keine Hand findet, die ihr entgegenkommt, wenn es für die Palästinenser keine Gesprächspartner gibt? Findet es Europa richtig, daß die Israelis den Südlibanon völkerrechtswidrig besetzen und sogar die Unifil-Truppen angreifen? Gerade heute ist eine Meldung über Agence France Press herausgekommen, die besagt, daß der irische Botschafter in Israel sich bei Menachem Begin darüber beschwert, daß er nicht Wort gehalten habe, da er weiterhin die Gruppen Hadads mit seinem israelischen Militär unterstütze.

Wir sollten die Vorschläge, die die PLO in jüngster Zeit gemacht hat und die auch im „Matin“ zu lesen gewesen sind, berücksichtigen. Sie laufen auf folgendes hinaus: Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, natürlich Selbstbestimmung für die Palästinenser, ein eigener kleiner Staat für die Palästinenser, — nachdem ein laizistischer nicht zu erreichen ist —, eine von der UNO ausgeübte Kontrolle während einer Übergangszeit für diesen kleinen Staat, der dann erst nach einiger Zeit die völlige Autonomie erhält, sowie Entwaffnung beider Staaten unter der Garantie der Großmächte. Da wir Europäer den Frieden unbedingt wünschen, weil er für uns notwendig ist, sollten wir in der Lage sein, über diese Probleme und Vorschläge auch der Palästinenser zu sprechen. Wir sollten nicht länger den Kopf in den Sand stecken und so tun, als ob im Nahen Osten nur Engel und Teufel hausten. Dies wäre eine absolut kindische Betrachtungsweise. Es ist sicher so, daß manche von uns durch schlechtes Gewissen gezwungen werden, dieses Schwarz-Weiß-Gemälde kritiklos hinzunehmen. Für ältere Menschen in meinem Lande mag das so bleiben. Es gibt eine ganze Zahl Deutscher, deren Lebensgeschichte eng mit den entsetzlichen Erlebnissen der Juden verbunden ist. Für junge Menschen gilt das nicht. Es ist unsere Pflicht, uns mit beiden Seiten des Konflikts im Nahen Osten vertraut zu machen, zumal die Zeit drängt. Jeder Monat, den wir in vager Hoffnung dahinstreichen lassen, macht die Lage schwieriger und bedrohlicher.

Daher ist es dringend notwendig und zu hoffen, daß eine baldige europäische Initiative klare Linien er-

kennen läßt. Europa kann und sollte dabei helfen, daß neue Gespräche und Verhandlungen mit allen Beteiligten im großen internationalen Rahmen so bald wie möglich zustande kommen und die festgefahrene Camp David-Situation ablösen.

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Europarat verfügt zweifellos über zwei ausgezeichnete Gewohnheiten: Er ist zum einen stets bereit, einem guten Berichterstatte Dank zu sagen, und ich möchte diesen Dank ebenfalls aussprechen. Er hat es sich zum zweiten zur Selbstverständlichkeit gemacht, selbst über sehr strittige Fragen in einem diplomatischen Stil zu diskutieren.

Meine Damen, meine Herren, ich habe aber den Eindruck, daß die allzu diplomatische Sprache, die wir hier im Augenblick pflegen, nicht unbedingt dem Problem gerecht wird, das, wie wir gegenwärtig erleben, in der Zone des **Nahen Ostens** besteht. Denn dort sind seit mehr als sechs Jahrzehnten nicht nur Leidenschaften aufeinandergeprallt, sondern dort kämpfen auch seit rund sechs Jahrzehnten Menschen gegeneinander, und zwar oft auf Grund von ideologischen Vorurteilen, die leider immer noch nicht beseitigt werden konnten, ja, die — diesem Eindruck hat man — manchmal, mindestens auf einer Seite, immer wieder hochgeputzt worden sind.

Wenn ich höre, mit welcher Selbstverständlichkeit hier von „Ausgewogenheit“ gesprochen wird, erinnere ich mich an die Debatte über die Todesstrafe, in der heute morgen das Thema „Terrorismus“ zur Sprache kam, und ich erinnere mich daran, wie in unseren Völkern das Entsetzen hochkam und ein Aufschrei zu hören war, als Terroristen in unserem Lande plötzlich die Ordnung störten. Ich stelle mir die Frage, ob wir wirklich mit dieser großen Ruhe weiterdebattieren können, wenn wir uns etwa an jene israelischen Eltern erinnern, die morgens, wenn sie ihre Kinder zum Kindergarten bringen, nicht wissen, ob nicht wieder irgendein sogenanntes Heldenkommando unterwegs ist, um Bomben ausgerechnet dort zu platzieren, wo unschuldige Kinder sind. Und ich weiß dann, wenn ich mich in die Situation etwa der arabischen Flüchtlinge in den Lagern und in den Städten rund um Israel versetze, auch nicht, ob sie in helle Begeisterung ausbrechen, wenn sie von den Taten jener sogenannten Heldenkommandos erfahren und sicher sind, daß eine Militäraktion der Israelis mit allen Konsequenzen für sie und möglicherweise für ihre Familien die Folge sein kann.

Deswegen halte ich überhaupt nichts davon, heute, abgewogen nach links und nach rechts, dem einen ein kritisches oder dem anderen ein aufmunterndes Wort zu sagen. Vielmehr meine ich, es wäre eine Aufgabe dieser Versammlung, die geringe Friedenshoffnung, die wir seit Camp David und vor allem seit dem ersten Zusammentreffen zwischen Präsident Sadat und Ministerpräsident Begin haben, dieses kleine Pflänzchen Friedenshoffnung besonders zu pflegen und zu unterstützen.

Wer glaubt, wir in dieser Versammlung, wir im Europarat könnten überhaupt die Möglichkeit dafür

schaffen, im Nahen Osten eine Friedensordnung auszuarbeiten der hat, so glaube ich, das Problem noch nicht erkannt. Was wir tun können, ist lediglich, in einer so schwierigen Situation, in einer so kriegsgeladenen Situation unseren moralischen Einsatz in der Hoffnung einzubringen, daß durch diesen moralischen Einsatz für diejenigen, die den Frieden wollen, die Hoffnung, die überall in Israel und in den benachbarten arabischen Staaten vorhanden ist, wächst.

Meine Damen, meine Herren, meine Bitte ist daher, daß wir morgen die Entschließung, die uns der Politische Ausschuß vorgelegt hat, noch einmal sehr sorgfältig überarbeiten und einige Änderungen in der Hoffnung vornehmen, daß wir dann vielleicht nicht ganz ausgewogen gewesen sind, aber zweifellos denen eine Hilfestellung gegeben haben, die nicht 30 Jahre weiteren Krieg, sondern Frieden im Nahen Osten haben wollen.

**Dr. Geßner (SPD):** Herr Vorsitzender! Verehrte Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Es ist heute bereits mehrfach zum Ausdruck gekommen, welche Bedeutung der **Nahost-Konflikt** für den Weltfrieden hat. Ich glaube, daß in diesem Punkt in diesem Hause keinerlei Unterschiede bestehen. Wenn wir den Weltfrieden sicherer machen wollen, dann müssen wir auch zu einer Lösung des Nahost-Konflikts kommen.

Wenn ich mir nun die Frage vorlege, wie dies eigentlich geschehen kann, komme ich nach gründlicher Überlegung zu dem Ergebnis, daß das Problem Naher Osten, so wie es sich uns heute darbietet, nur über Verhandlungen aus der Welt geschafft werden kann. Weil das so ist, begrüße ich es auch, daß zwischen Israelis und Ägyptern in Camp David ein Anfang gemacht worden ist. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Weg, wenn er weitergegangen werden könnte, auch tatsächlich zu dem erhofften Erfolg führen würde.

Ich denke, daß eine Reihe von arabischen Staaten und auch die PLO umdenken müssen. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß eine militärische Lösung des Problems nicht möglich ist. Es hat eine Reihe von Kriegen gegeben. Jedesmal haben die arabischen Staaten verloren. Man muß sich nunmehr vor Augen führen, daß sich die Situation zugunsten der Israelis verändert hat. Zum Beispiel ist nach dem Friedensschluß mit Ägypten nicht damit zu rechnen, daß Israel im Falle eines Konflikts an zwei Seiten seines Staates zu kämpfen hätte. Ich glaube auch, daß Israel militärisch gut gerüstet ist. Auch die geostrategische, die geopolitische Situation der Israelis hat sich seit dem letzten Krieg verbessert. Schließlich darf man auch nicht übersehen, daß Israel letztlich unter der Bestandsgarantie der Vereinigten Staaten steht. Wenn ich mir dies alles vor Augen führe, dann kann ich nur zu dem Ergebnis kommen, daß eine Lösung des Problems nur über Verhandlungen möglich ist.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß es dann, wenn die — um es vorsichtig zu formulieren — Militärmaßnahmen der Araber aufhören, auch von seiten der Israelis keine **Vergeltungsmaßnahmen** mehr

geben wird. Ich darf Sie, verehrte Kolleginnen und Kollgen, daran erinnern, daß die israelische Regierung vor einigen Jahren angekündigt hatte, sie werde auf Militärationen der PLO und der arabischen Staaten zunächst einmal nicht mehr reagieren. Sie hat das einige Monate hindurch getan. Aber auf der anderen Seite, nämlich auf der arabischen Seite, ist diese Chance verspielt worden. Man machte weiter. Erst einige Monate später gab es wieder die üblichen Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Streitkräfte.

Ich muß Sie in diesem Zusammenhang einmal nicht nur als Politiker fragen, sondern auch als Männer und Frauen, die Sie Kinder haben, ob es denn wirklich notwendig ist, daß Kinder in einem Kibbuz als Geiseln genommen werden. Gibt es wirklich jemand in diesem Rund, der mir plausibel machen könnte, daß derartige Terrorakte zur Rechtfertigung des Selbstbestimmungsrechts herhalten könnten? Ich glaube das nicht. Ich glaube, daß das überflüssig und schädlich ist und letztlich die Position der arabischen Seite schwächt.

So komme ich, wenn ich diesen Gedankengang — nämlich den des Gewaltverzichts — weiterführe, zu dem Ergebnis, daß sich auch im Libanon die Situation dramatisch entspannen würde, wenn von seiten der arabischen Staaten und ganz besonders von seiten der PLO auf die Anwendung von Gewalt verzichtet werden könnte. Das Beispiel, das ich eben angeführt habe, nämlich daß die israelische Regierung vor Jahren einige Monate auf Vergeltungsmaßnahmen verzichtet hat, beweist, daß die Möglichkeit einer Entspannung der Situation im Libanon auf diese Weise wirklich vorhanden ist.

Ich komme bei nüchterner Betrachtung des Problems auch zu dem Ergebnis, daß eine Lösung ohne Israel nicht möglich ist, sicherlich auch nicht ohne die arabische Seite. Kommt es zu keiner Lösung, dann wird meiner Überzeugung nach der gegenwärtige Zustand fortbestehen. Ich frage mich, ob dies wirklich im Interesse der Palästinenser liegt. Ich frage mich auch, ob unter diesen Voraussetzungen die Zeit tatsächlich für die PLO arbeitet. Könnte es nicht so sein, wie in anderen Staaten auch — hier denke ich auch an die Bundesrepublik Deutschland —, daß es die Staatengemeinschaft dann leid ist, über bestimmte unangenehme Probleme weiter zu diskutieren, daß man sozusagen zur Tagesordnung übergeht?

Ich denke, Verhandlungen werden so lange nicht möglich sein, wie das Existenzrecht Israels von der PLO und den entsprechenden arabischen Staaten in Frage gestellt wird. Bis dahin wird es keine Verhandlungen geben, weil nicht zu erwarten ist, daß Israel über seine eigene Beseitigung verhandelt. Gibt es hier jemanden, der mit einem anderen über seinen eigenen Selbstmord verhandeln würde? Ich kenne niemanden, und niemand wird die Hand heben. So ist das auch in bezug auf die Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Staaten. Deswegen ist die Anerkennung des Existenzrechtes Israels wirklich die Voraussetzung dafür, daß es auf dem Verhandlungswege weitergeht. Soeben habe ich von meinem Kollegen Budtz gehört, daß sich die PLO in diese Richtung bewegt, und ich kann dazu nur herz-

lich gratulieren. Wenn es so sein sollte, dann ist das genau der Weg, der beschritten werden müßte.

Ich werde ein Gegenbeispiel dazu anführen. Ich habe gehört, daß der Repräsentant der PLO in der Bundesrepublik Deutschland gesagt hat — das war im deutschen Fernsehen, und Millionen von Menschen haben zugehört —: Auch wenn Israel uns anerkennt, werden wir Israel niemals anerkennen. Daraus schließe ich, daß die Situation außerordentlich verfahren ist. Weiter glaube ich, daß auch die Regierung in Tel Aviv ihre Haltung gegenüber der PLO ändern würde, wenn die PLO zur Anerkennung des Existenzrechtes von Israel bereit wäre.

Ein anderer Punkt kommt hinzu. Man wird nur dann zu Ergebnissen kommen, wenn seriös diskutiert wird. Das heißt, man darf keine Vorschläge machen, die geeignet wären, den anderen in die Knie zu zwingen. Man muß zum Kompromiß bereit sein. Wenn aber beispielsweise von seiten der PLO Vorschläge gemacht werden, die letztlich zu einer Majorisierung der Israelis im eigenen Staat führen würden, so glaube ich nicht, daß die Israelis jemals bereit sein könnten, darüber zu verhandeln.

Ich finde, all diese Probleme sind zu bedenken. Es ist notwendig, daß man sich in diesem Rahmen geistig und politisch bewegt. Es kommt ein weiterer Punkt hinzu, der mich als Deutschen außerordentlich interessiert. Ich weiß — ich will das jetzt nicht weiter verlesen —, daß palästinensische und deutsche Terroristen in den vergangenen Jahren gemeinsame Sache gemacht haben. Das ist nachgewiesen, und es gibt dafür eine Reihe von Beispielen. Wenn die PLO aufhört, so etwas zu machen, so finde ich das großartig, und ich hoffe, daß das anhält. Allerdings muß ich hinzufügen, daß ich vor drei Tagen gelesen habe, daß inhaftierte italienische Terroristen ausgesagt haben, sie hätten ihre Waffen von der PLO bekommen. Dieser Tatbestand bringt mich zu der Annahme, daß die PLO letztlich dem Terrorismus offensichtlich noch nicht abgeschworen hat.

Zum Schluß möchte ich folgendes nicht verschweigen. Wenn man es mit Israel gut meint, muß man es dazu bringen, mit seiner Siedlungspolitik aufzuhören. Ich bin überzeugt, daß die Siedlungspolitik nicht hilfreich ist, sondern den Verhandlungsweg eher blockiert. Es gibt ein Palästinenserproblem, das gelöst werden muß. Sie werden verstehen, daß ich als Deutscher natürlich für das Selbstbestimmungsrecht bin, da wir das Selbstbestimmungsproblem auch in Deutschland haben. Ich bin darüber hinaus aus Prinzip dafür, in welchem Winkel der Welt sich das Problem auch stellt. Ich füge aber hinzu, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes nicht auf der Grundlage von neuem Unrecht durchgeführt werden darf und nicht zu neuem Unrecht führen darf. Wenn Sie sich das Problem einmal auf die deutsche Situation projiziert vorstellen, werden Sie sehr gut erkennen, was ich meine.

Viele Menschen sind in Israel geboren und haben dort Heimatrecht erworben. Daher meine ich, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser nicht zu Lasten des durch Geburt erworbenen Heimatrechtes Hunderttausender Israelis führen darf. Damit möchte ich meine Bemerk-

kungen abschließen und Sie zum Schluß daran erinnern, daß Israel die einzige Demokratie in dieser Region ist. Es liegt auch im Interesse einer Demokratisierung der arabischen Staaten in diesem Teil der Welt, daß der Fortbestand Israels gesichert bleibt.

### Entschliebung

#### betr. die Lage im Nahen Osten

##### Die Versammlung

1. verweist auf ihre bisherigen verabschiedeten Entschliebungen über den Nahost-Konflikt, in denen bereits 1971 (Entschliebung 490) das lebenswichtige Interesse Europas und die bedeutende Rolle, die es bei den Bemühungen um einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden spielen könnte, sowie die notwendige Beteiligung aller betroffenen Parteien, einschließlich der Palästinenser, an Verhandlungen über einen Friedensvertrag betont wird, der eine Einigung über sichere und anerkannte Grenzen für alle Staaten in der Region einschließen müßte;
2. vertritt die Ansicht, daß Europa aus zufälligen, historischen und geographischen Gründen die Pflicht hat, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beizutragen;
3. hat in ihren Plenarsitzungen in Straßburg die Staats- oder Außenminister Israels, Ägyptens, Syriens und Jordaniens gehört;
4. hat von dem Bericht ihres Politischen Ausschusses (Dok. 4524) Kenntnis genommen, der sich auf Hearings mit den Sprechern der hauptsächlich betroffenen Parteien, einschließlich Ministern, Parlamentariern, Vertretern der PLO und der arabischen Liga und des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, stützt;
5. erinnert an ihre jüngste in Empfehlung 852 (1979) zum Ausdruck gebrachte Verurteilung „aller terroristischen Handlungen, die ungeachtet ihres Anlasses in berechneter Gewalttätigkeit gegen unschuldige Menschen bestehen“;
6. bringt den Wunsch zum Ausdruck, an der Suche nach einer Lösung der schwerwiegenden Krise mitzuwirken, von der die Nahost-Staaten sowie hunderttausende von Flüchtlingen betroffen sind;
7. begrüßt die im Anschluß an die mutige Initiative von Präsident Sadat und die rasche und konstruktive Antwort von Premierminister Begin und anderen israelischen Spitzenpolitikern (einschließlich der Opposition) erfolgten Bemühungen Israels und Ägyptens, im Rahmen der Abkommen von Camp David dem 30 Jahre langen Konflikt zwischen diesen beiden Staaten ein Ende zu setzen, bedauert aber, daß diese Abkommen trotz ihrer Bedeutung bisher nicht als Ausgangsbasis für das erhoffte umfassende Abkommen angesehen werden können;
8. räumt ein, daß die Anerkennung der PLO als repräsentative Organisation der Palästinenser von mehreren europäischen Regierungen zurückgewiesen wird, solange sie nicht die Legitimität des Staates Israel anerkennt und auf die Anwendung von Gewalt verzichtet;
9. glaubt, daß die Anerkennung der Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorien und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes grundlegende Elemente in der politischen Lösung des Nahost-Konflikts sind;
10. bekräftigt erneut das Recht des Staates Israel auf Existenz, Sicherheit und Unabhängigkeit, erkennt aber gleichzeitig den Nachbarstaaten Israels die gleichen Rechte zu;
11. verurteilt die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, die gegen das Völkerrecht verstößt und die Chancen zur Erzielung eines gerechten und dauerhaften Friedens gefährdet;
12. betont, daß die Weigerung Israels, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anzuerkennen, ebenso wie die Weigerung der PLO, das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen, ein Hindernis für die Lösung der gegenwärtigen Krise darstellt;
13. ist über die besonders tragische Lage im Libanon besorgt, fordert die Einstellung der Gefechte, Bombardierungen und Gewaltaktionen, die das Land zersplittern, das sich nach Wiederherstellung des Friedens sowie Souveränität und Unabhängigkeit sehnt;
14. vertritt die Ansicht, daß die jüngsten Ereignisse im Iran und in Afghanistan, die neue Spannungsgebiete in anderen Ländern der Region hervorgebracht haben und gefährliche destabilisierende Faktoren darstellen, eine gerechte und umfassende Regelung des israelisch-arabischen Konflikts um so dringender machen;
15. vertritt, ohne künftige Verhandlungen beeinflussen zu wollen, die Ansicht, daß bei der Definition des künftigen Status von Jerusalem nicht nur politische Faktoren, sondern auch die religiöse Dimension der heiligen Stätten berücksichtigt werden sollten;
16. appelliert an alle beteiligten Parteien, gegenseitige Konzessionen zu machen, die zur Achtung des Rechts des palästinensischen und des israelischen Volkes, ihre eigene Zukunft zu bestimmen, führen, ein Recht, das von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden sollte;
17. appelliert an die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats, ihr Vorgehen innerhalb der Vereinten Nationen zu koordinieren, um die Entschliebung 242 (1967) des Sicherheitsrats, die das Problem des palästinensischen Volkes auf ein Flüchtlingsproblem reduziert, zu ergänzen oder zu ersetzen, und sich unter genau festgelegten Bedingungen für die Einführung kollektiver und wirksamer Garantien für die Unverletzlichkeit der Grenzen einzusetzen, die sich aus den Verhandlungen ergeben werden, die stattfinden sollen;

18. hofft, daß die Mitgliedstaaten des Europarats auf bilateraler und multilateraler Ebene zur harmonischen und demokratischen Entwicklung dieser Region beitragen werden;
19. fordert die Mitglieder dieser Versammlung auf, in ihren nationalen Parlamenten und bei ihren Regierungen darauf hinzuwirken, daß die Durchführung der Bestimmungen dieser Entschließung sichergestellt wird.

**Reddemann (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Auch ich möchte zu meiner Stimmabgabe eine kurze Erklärung abgeben. Ich habe mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, obwohl ich lieber mit Ja oder Nein gestimmt hätte. Ich habe mich der Stimme enthalten, weil ich im Laufe des vergangenen Jahres als Mitglied des Unterausschusses für den Nahen Osten und als Mitglied des Politischen Ausschusses Gelegenheit hatte, einen Teil meiner Ansichten mit in die Resolution und in den Bericht einzuarbeiten. Deswegen hätte ich an sich am liebsten ja gesagt.

Buchstäblich im letzten Moment sind aber in der vergangenen Woche einige Akzente in die Entschließung geraten, bei denen ich die Sorge habe, daß sie eine Gefahr für den einzigen demokratischen Staat im Nahen Osten, nämlich den Staat Israel, darstellen könnten. Aus diesem Grunde war es mir nicht möglich, der Resolution zuzustimmen.

**Mittwoch, 23. April 1980**

Tagesordnungspunkt:

### **Die Zusammenarbeit mit der UNESCO**

(Drucksache 4528)

(Berichtersteller: Abg. Meintz)

#### **Ansprache des Generaldirektors der UNESCO, Amadou-Mahtar M'Bow**

**Abg. Dr. Müller (CDU/CSU)** stellt an den Generalsekretär die schriftliche Frage, ob die UNESCO ihr Verbindungsbüro in Venedig aufrechterhalten werde.

Generalsekretär M'Bow antwortet, die UNESCO werde ihre Tätigkeit in Venedig insbesondere hinsichtlich der Überflutungsprobleme fortsetzen.

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Generaldirektor, ich bin sehr dankbar für Ihre Äußerung zu Venedig. Kann diese Äußerung so verstanden werden, daß die Chance besteht, das Verbindungsbüro der UNESCO in Venedig für eine längere Zeit zu erhalten, weil es doch einen gewissen Symbolcharakter hat?

*Generalsekretär M'Bow erwidert, das Verbindungsbüro stelle nicht einen Selbstzweck dar. Es werde aufrechterhalten, solange dies erforderlich sei; sofern notwendig, könne es sogar erweitert werden.*

**Dr. Müller (CDU/CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute die Gelegenheit nutzen, uns mit der UNESCO zu beschäftigen, und die Ehre haben, ihren Generaldirektor in unseren Reihen zu haben, dann, glaube ich, kann man zu Beginn eines Diskussionsbeitrages durchaus die Feststellung treffen, daß von allen Unterorganisationen, die die Vereinten Nationen haben, die UNESCO sicher die erfolgreichste ist. Ihr Wirken in den vergangenen Jahrzehnten war ungeheuer befruchtend und positiv.

Der Generaldirektor selbst hat vorhin darauf hingewiesen, daß die UNESCO keine parlamentarischen Partner hat und daß heute die Gelegenheit zu einem solchen Gespräch mit Parlamentariern zumeist aus Europa besteht. Dies gibt mir Anlaß, zu drei Punkten ein paar Bemerkungen zu machen.

Zunächst einmal darf ich mit großem Bedauern feststellen, daß eine ganze Reihe von **Empfehlungen und Konventionen**, die die UNESCO verabschiedet hat und die sehr positiv sind und sehr wirkungsvoll sein können, bisher nicht ratifiziert worden sind. Ich sage das sehr selbstkritisch auch für den Europarat, weil eine ganze Anzahl von Mitgliedsländern des Europarates diese Ratifikationen nicht vorgenommen haben. Wie wir aus der Zusammenstellung unseres Kollegen Meintz wissen, sind darunter einige bedeutende Konventionen, die es eigentlich dringend erfordern würden, daß hierzu klare Stellungnahmen in der Form der Ratifikation von den Regierungen und Parlamenten abgegeben werden. Ich erinnere hier nur an die Konventionen, die sich mit dem Landschaftsschutz, mit dem Zugang zu Museen oder mit einem so kritischen Punkt wie dem Kunsthandel beschäftigen, dem Problem, daß Kulturgüter aus einem Land in ein anderes geschmuggelt oder illegal verbracht werden. Für mich ist es in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich, daß das einzige Land von den Mitgliedsländern des Europarates, das diese Konvention bisher ratifiziert hat, Italien ist, das wohl mit am meisten von solchen illegalen Praktiken betroffen sein wird. Ich möchte hier an unsere Parlamentarierkollegen appellieren, in ihren Ländern dafür zu sorgen, daß diese Ratifikationen etwas beschleunigt werden.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die KSZE-Folgediskussion. Hier kann man, glaube ich, mit Recht feststellen, daß es infolge der Entwicklung der Weltlage zusehends neue Schwierigkeiten gibt und daß wir auch innerhalb der UNESCO und der europäischen UNESCO-Gruppe der Zukunft eigentlich mit wenig Hoffnungen entgegensetzen können.

Der letzte Punkt, den ich noch erwähnen möchte, ist die **Informationspolitik**. Er scheint mir heute einer der kritischsten Punkte zu sein, soweit die UNESCO davon betroffen ist. Ich habe auf der einen Seite Verständnis dafür, daß sich gerade die Staaten der Dritten Welt aus der Einschätzung ihrer eigenen Identität heraus bemühen, die Informationspolitik zu steuern bzw. sie in eine neue Richtung auszulegen, wenn ich das einmal so formulieren darf. Ich habe Verständnis dafür, habe ich gesagt, weil ich als Politiker selbst weiß, wie sehr man sich über eine einseitige

Informationspolitik, die auch in unseren Ländern gelegentlich stattfinden kann, ärgert, wenn man davon betroffen ist, wenn man falsch zitiert wird oder wenn man mit falschen Daten konfrontiert wird. Auf der anderen Seite muß natürlich die Freiheit der Information im Vordergrund stehen. Sicher, für uns Parlamentarier, die wir in parlamentarischen Demokratien Europas aufgewachsen sind und leben, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man bei aller Kritik, die man gegenüber einem Sensationsjournalismus — ich möchte das einmal so formulieren — gelegentlich üben kann, und bei allem Ärger die Freiheit der Information und die Freiheit des Journalisten immer in den Vordergrund stellen muß. Dies zu erkennen wird für die Länder der Dritten Welt nicht leicht sein. Aber ich möchte im Interesse der Freiheit der Information hoffen, daß auch die Diskussionen innerhalb der UNESCO in diese Richtung gehen.

#### Empfehlung 892

#### betr. die Zusammenarbeit mit der UNESCO

##### Die Versammlung

1. bekräftigt erneut die demokratischen Werte der Mitgliedstaaten, wie sie in der Satzung des Europarates wiedergegeben werden;
2. ist der Meinung, daß diese Werte, die sich auf die grundlegende Würde des Menschen, die Menschenrechte und die Gedanken- und Meinungsfreiheit des einzelnen beziehen, für die übrige Welt ebenso gelten können wie innerhalb Europas;
3. begrüßt die Einbeziehung einer weltweiten Dimension bei der Vorlage des Mittelfristigen Plans für das intergouvernementale Arbeitsprogramm des Europarats;
4. verweist auf ihre Entschlüsse 637 (1976) und 683 (1978) betr. die Zusammenarbeit mit der UNESCO;
5. nimmt den Entwurf eines Haushaltsprogramms für die UNESCO für die Jahre 1981 bis 1983 zur Kenntnis und begrüßt den Bericht ihres Ausschusses für Kultur und Erziehung (Dok. 4528);
6. unterstreicht, daß es sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene Aufgabe der Parlamentarier ist, die Tätigkeiten der UNESCO genau zu verfolgen und gegebenenfalls aktiv daran teilzunehmen;
7. begrüßt die Bedeutung, die die UNESCO ihren Tätigkeiten in bezug auf die Entwicklungsländer beimißt, und vertritt die Ansicht, daß die Mitgliedstaaten des Europarats im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Zusammenarbeit einen positiven Beitrag zu diesen Tätigkeiten leisten müssen;
8. lenkt die Aufmerksamkeit auf die sehr ähnlichen Probleme, die sich für die Wanderarbeitnehmer und die sehr armen Menschen in den Industrieländern stellen;
9. bedauert, daß politische Überlegungen, und insbesondere diejenigen, die Ost- und Westeuropa

voneinander trennen, die Wirksamkeit der Arbeit der UNESCO in den Bereichen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur beeinträchtigen;

10. erkennt jedoch die bedeutende Rolle an, die die UNESCO dadurch spielt, daß sie der Freizügigkeit von Personen und Ideen zwischen Ost- und Westeuropa im Zusammenhang mit den KSZE-Folgemaßnahmen den Weg öffnet;
11. verweist auf die nächste Sitzungsperiode der Generalkonferenz der UNESCO, die im September 1980 in Belgrad stattfindet;
12. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - a) durch seine zuständigen intergouvernementalen Sachverständigenkomitees und in Verbindung mit den ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten des Europarates bei der UNESCO regelmäßigere Diskussionen über die Tätigkeiten der UNESCO zu fördern, insbesondere unter Berücksichtigung der positiven Beiträge, die die Mitgliedstaaten des Europarates zur Arbeit der UNESCO im Hinblick auf die Entwicklungsländer in Bereichen, wie z. B. Menschenrechte, Kommunikation und kulturelle Entwicklung, leisten können;
  - b) Mittel zu suchen, um die positiven Beziehungen zwischen dem Europarat und der UNESCO durch eine engere Zusammenarbeit bei spezifischen technischen Projekten auszubauen;
  - c) sich darum zu bemühen, von den Mitgliedsregierungen Erklärungen über — sofern dies der Fall ist — die Nichtratifizierung von UNESCO-Konventionen zu erhalten und diese Informationen an die Versammlung weiterzuleiten.

**Donnerstag, 24. April 1980**

#### Tagesordnungspunkt:

#### Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 4514)

Berichterstatter: Außenminister M. Oreja Aguirre (Spanien)

**Marcellino Oreja Aguirre** (amtierender Vorsitzender des Ministerkomitees):

Herr Präsident,

ich danke Ihnen sehr für die so liebenswürdigen Begrüßungsworte, die Sie soeben gefunden haben. Besonders freue ich mich darüber, daß Sie an den Besuch seiner Majestät des Königs von Spanien erinnert haben, und auch über das, was Sie soeben hinsichtlich der Rolle des demokratischen Spaniens im Europarat gesagt haben.

Meine Damen und Herren Parlamentarier, wenn ich heute in meiner Eigenschaft als erster spanischer Vorsitzender des Ministerkomitees meinen satzungsgemäßen Bericht vorlege, so möchte ich insbesondere dieser Versammlung und ihren Leistungen Anerkennung zollen und die Arbeiten begrüßen, die sie in Zukunft sicherlich mit Erfolg realisieren wird.

Ein glücklicher Umstand des Zeitplanes erlaubt es dem amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, heute seine Amtszeit mit einer Rede vor der Versammlung zu beginnen. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um Sie meiner Absicht zu versichern, die bisher unternommenen Bemühungen um eine weitere Verbesserung der gutfunktionierenden Beziehungen zwischen dem Ministerkomitee und der Versammlung fortzusetzen. In diesem Sinne wird sich die spanische Präsidentschaft daher bemühen, die Arbeiten des Ministerkomitees hinsichtlich der jüngsten Initiativen der Versammlung in diesem Bereich und insbesondere der Entschließung 871, die auf der Grundlage des Berichts Stoffen abgefaßt wurde, zu einem guten Abschluß zu bringen.

Andererseits bin ich überzeugt, daß diese Periode von sechs Monaten von dem gemeinsamen Willen des Ministerkomitees geprägt sein wird, seine politischen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Es versteht sich von selbst, daß die normalen intergouvernementalen Aktivitäten des Rates fortgesetzt werden. Es bleibt jedoch zu hoffen, daß die politische Analyse und Konzertierung zwischen den Mitgliedstaaten sich weiterhin in einer Weise entwickeln, wie sie bei zahlreichen Anlässen von der Versammlung empfohlen wurde.

Der beste Beweis für diesen politischen Willen zur Konzertierung wurde uns am 10. April d. J. während der Sitzung des Ministerkomitees in Lissabon gegeben. Anlässlich der Eröffnung der Sitzung bekundeten die Minister die Absicht, ihrer ausdrücklichen Verurteilung der besorgniserregenden Ereignisse in Afghanistan und der Geiselnahme im Iran in einem Pressecommuniqué Ausdruck zu verleihen. Schon im Laufe einer am 18. Januar in Straßburg veranstalteten außerordentlichen Sitzung hatte das Ministerkomitee auf Delegiertenebene ein Communiqué angenommen, das den sofortigen, bedingungslosen und völligen Rückzug aller fremden Truppen aus Afghanistan forderte.

Später wies das Ministerkomitee in seiner Antwort auf die Empfehlung 889 der Versammlung über die Krise in Afghanistan darauf hin, daß es seine feste und unnachgiebige Haltung gegenüber der Invasion Afghanistans beibehalten würde, solange die sowjetischen Truppen dieses Land nicht verlassen hätten. In Lissabon brachte das Ministerkomitee seine tiefe Besorgnis angesichts der Verschlechterung der durch die Invasion geschaffenen Lage zum Ausdruck und wiederholte nachdrücklich seine Forderung nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen, indem es dem afghanischen Volk seine Solidarität bei den grausamen Prüfungen, die es durchzumachen hat, zusicherte.

In ihrer Empfehlung 883 über die Geiselnahme in der Botschaft der Vereinigten Staaten in Teheran hat die Versammlung anlässlich ihrer 65. Sitzungsperiode im November 1979 den Ministern eine vorbehaltlose Verurteilung der in Teheran andauernden Lage empfohlen.

Schon vor dieser Empfehlung hatte das Ministerkomitee eine unmißverständliche Haltung eingenommen, indem es diese offenkundige Verletzung der elementarsten Regeln des Völkerrechts verurteilte und einen dringenden Appell an die iranischen Behörden richtete, die Geiseln freizulassen.

In Lissabon hat das Ministerkomitee angesichts der mangelnden Fortschritte in der Geiselauffäre diese Verletzung des Prinzips der Vorherrschaft des Rechts und der Grundrechte des Menschen erneut verurteilt und seine Besorgnis über die Auswirkungen, die die Ereignisse im Iran auf die internationale Lage haben könnten, zum Ausdruck gebracht und einen dringenden Appell an die iranischen Behörden gerichtet.

Aktionen, wie diejenigen, die in Afghanistan und im Iran durchgeführt wurden, untergraben die Grundlagen der internationalen Beziehungen und die Prinzipien, für die der Europarat eintritt. Das Ministerkomitee wird in den nächsten Monaten auch weiterhin alles in Bewegung setzen, damit diese Prinzipien nicht weiter mißachtet werden und damit sich die Lage normalisiert.

Ein anderer Punkt, der auf der Tagesordnung von Lissabon stand und den Sie heute nachmittag behandeln werden, betrifft die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der die beiden Organe schon zahlreiche Arbeitsstunden gewidmet haben.

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Lage haben die Minister in Lissabon erneut die Bedeutung der Konferenz unterstrichen und beschlossen, die Vorbereitung der Konferenz in Madrid aktiv voranzutreiben. Sie haben daher beschlossen, ihre nächste Sitzungsperiode vorzuverlegen, so daß sie vor dem Madrider Treffen stattfinden kann. Es ist auch möglich, daß vor der vorbereitenden Sitzung der 35 Teilnehmerstaaten im September ein neuer Meinungsaustausch auf Delegiertenebene, unter Beteiligung von Experten, durchgeführt wird. Zu diesem Zeitpunkt werden dem Ministerkomitee die Ansichten der Versammlung vorliegen, die sich in ihrer Sommer- und Herbstsitzung zweimal mit diesen Fragen befassen wird.

Die Minister hielten es außerdem für notwendig, den Geist von Helsinki in Madrid zu bekräftigen und die Entspannung nicht nur durch Absichtserklärungen, sondern auch durch konkretere Handlungen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang sind sie der Ansicht, daß man sich in Madrid auf ein Mandat für eine Konferenz über die Abrüstung in Europa einigen solle.

Die Analyse, die in Lissabon erstellt wurde, und die Übereinstimmung, die hinsichtlich der verschiedenen Aspekte der Vorbereitung des Madrider Treffens erzielt wurde, veranschaulichen die politische Rolle, die der Europarat spielt.

Die Versammlung wurde regelmäßig über die Folge-maßnahmen unterrichtet, die im Zuge ihrer Empfehlung 861 über die Rolle des Europarates bei der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Nord- und Südeuropas ergriffen wurden. Im Rahmen ihrer Gespräche über die ausgewogene Entwicklung in Europa prüften die Minister in Lissabon einen von einer Arbeitsgruppe der Ministerdelegierten ausgearbeiteten Bericht über die Art und Weise, in der der Europarat dazu beitragen könnte, die Disparitäten zwischen den wohlhabenden und den weniger begünstigten Regionen Europas zu vermindern und somit eine latente Bedrohung für die Demokratie und den Zusammenhalt des demokratischen Europas zu beseitigen.

Die Minister haben auch sehr viel Zeit auf die Prüfung der in diesem Bericht enthaltenen verschiedenen Vorschläge gemacht, und haben alle ihren politischen Willen bekundet, zu einer ausgewogenen Entwicklung zu gelangen. Sie sind übereingekommen, daß der Europarat eine aktivere Rolle als Instrument der europäischen demokratischen Solidarität spielen sollte, und haben sich insbesondere zugunsten einer vermehrten Nutzung des Mittelfristigen Plans und einer Verstärkung des Wiedereinrichtungsfonds ausgesprochen.

Was den Mittelfristigen Plan angeht, ist es wahrscheinlich, daß das Ministerkomitee die Lenkungsausschüsse beauftragt, denjenigen ihrer Arbeitsprogramme Vorrang zu geben, die einen Beitrag zur Verminderung der Ungleichgewichte leisten können.

Was den Wiedereinrichtungsfonds betrifft, so sind die Ministerdelegierten im Begriff, für die nächste Sitzungsperiode auf ministerieller Ebene einen neuen Bericht auszuarbeiten, der präzisere Vorschläge enthält. Die Ausarbeitung dieses Berichts geschieht in engem Kontakt mit den Organen des Fonds.

Außerdem wird Herr Claudius-Petit, der Präsident des Direktionskomitees des Fonds, von den Ministern während ihrer nächsten Sitzungsperiode gehört werden. Es ist im übrigen nicht ausgeschlossen, daß auch andere Mittel untersucht werden, um das gesetzte Ziel, d. h. die Verminderung der Ungleichgewichte, zu erreichen.

Gegen Ende der Tagung in Lissabon legte der Vorsitzende der Ministerdelegierten einen Bericht über den jüngsten Meinungsaustausch über die Vereinten Nationen vor, der unter Beteiligung von Experten am 6. März 1980 stattgefunden hat.

Der Ständige Vertreter Portugals bei der UNO in New York nahm an diesem Meinungsaustausch teil, desgleichen der ständige Vertreter Norwegens bei der UNO.

Bevor ich das Thema dieser letzten Sitzungsperiode abschließe, möchte ich der portugiesischen Regierung, die uns lebenswürdigerweise eingeladen hat, unsere letzte Sitzung in Lissabon stattfinden zu lassen, und deren Organisation ein wirklicher Erfolg war, im Namen des Komitees meinen lebhaften Dank aussprechen.

Schließlich möchte ich der Versammlung Bericht erstatten über die Konferenzen der Fachminister, die im kommenden Monat rasch aufeinanderfolgen werden:

Es handelt sich um die Konferenz der für Fragen der Migrationen zuständigen Minister, die vom 6. bis 8. Mai in Straßburg stattfinden wird, die Konferenz der europäischen Justizminister am 20. und 21. Mai in Luxemburg und die Konferenz der für die Gebietskörperschaften zuständigen europäischen Minister, die vom 21. bis 23. Mai 1980 in Madrid veranstaltet wird.

Ich erwähne die erste Konferenz aufgrund des besonderen Interesses, das das Ministerkomitee und vor allem die spanische Regierung der Suche nach Lösungen für die Probleme entgegenbringen, die sich durch die Reisen und Bewegungen von Millionen von Wanderarbeitern in den Mitgliedstaaten des Europarates ergeben.

Ich erwähne die zweite Konferenz hauptsächlich wegen eines der Themen, das dort erörtert werden wird, und über das soeben eine Empfehlung von Ihrer Versammlung angenommen worden ist, ich meine das Problem der Todesstrafe.

Wenn ich schließlich die dritte Konferenz erwähne, so geschieht dies nicht nur, weil sie in der spanischen Hauptstadt stattfindet, sondern auch weil sie so bedeutende Fragen wie die Beteiligung der Wanderarbeitnehmer am lokalen öffentlichen Leben und die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Behörden und den lokalen und regionalen Behörden behandelt.

Ich weiß, daß die Versammlung der Veranstaltung von Fachministerkonferenzen eine besondere Bedeutung beimißt und es sich zur Pflicht macht, sich an ihren Arbeiten zu beteiligen. Erlauben Sie mir, den Wunsch auszusprechen, daß diese drei Konferenzen Anlaß zu neuen Initiativen geben, die später ihren Platz im Arbeitsprogramm des Europarates finden können. Bevor ich in meiner Eigenschaft als spanischer Außenminister das Wort ergreife, möchte ich noch drei Bemerkungen machen:

Als erstes möchte ich die XVI. Kunstausstellung des Europarates erwähnen: „Florenz und die Toscana der Medici im Europa des XVI. Jahrhunderts“, die am 15. März in Anwesenheit des italienischen Präsidenten, Sandro Pertini, feierlich eröffnet wurde. Diese Ausstellung ist ein lebendiges Zeugnis der europäischen Zusammenarbeit und ermöglicht es mehr als einer Million Menschen, mehr als dreitausend Ausstellungsstücke, die von ungefähr 10 Mitgliedsländern des Europarates, Italien nicht mitgerechnet, sowie von den Vereinigten Staaten und Polen ausgeliehen wurden, kennenzulernen. Herr Präsident, Sie waren bei der feierlichen Eröffnungszereemonie anwesend und ich hoffe, daß zahlreiche Mitglieder dieser Versammlung diese großartige Ausstellung besuchen können, bevor sie ihre Tore schließt.

Meine zweite Bemerkung betrifft die vom Ministerkomitee im März 1980 verabschiedete Entschlie-ßung in bezug auf das Teilabkommen über die Bildung einer Kooperationsgruppe für die Bekämpfung

des Drogenmißbrauchs und des illegalen Rauschgift Handels. Es ist interessant festzustellen, daß das Aktionsfeld, das früher von den 10 Mitgliedstaaten der Pompidou-Gruppe abgedeckt wurde, sich künftig auf jeden Mitgliedstaat des Europarates erstreckt, der an diesem Aspekt der Bekämpfung der Rauschgiftsucht teilzunehmen wünscht. Das Ministerkomitee ist somit in dieser Hinsicht den von der Versammlung insbesondere in ihrer Empfehlung 843 zum Ausdruck gebrachten Wünschen gefolgt.

Schließlich kann ich der Versammlung mit Genugtuung mitteilen, daß das Ministerkomitee beschlossen hat, einen europäischen Preis für Verdienste im Bereich der Menschenrechte zu schaffen, und daß es den Wunsch hat, den ersten Preis 1980 im Einvernehmen mit dem Europarat anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention in Rom zu verleihen.

Meine Damen und Herren! Ich setze jetzt meine Ausführungen in meiner Eigenschaft als spanischer Außenminister fort.

Als Vertreter eines Landes, das alle Anliegen des Europarates teilt, werde ich einige Merkmale der schweren Krise, die die internationalen Beziehungen heute erleben, analysieren, und einige Vorschläge im Hinblick auf Fortschritte auf dem Weg zum Frieden unterbreiten.

Welches sind die Merkmale der gegenwärtigen Krise? Der gegenwärtige Krisenbereich erstreckt sich von der chinesischen Grenze bis zu den Maghreb-Ländern. Dazu gehören die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion, die Lage im Iran und die Auswirkungen auf den gesamten Persischen Golf — die lebenswichtige Zone für die strategischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens — der Nahostkonflikt und die Spannungen im Mittelmeerraum.

Diese Konflikte, und insbesondere die Invasion Afghanistans haben eine Vertrauenskrise in den Ost-West-Beziehungen hervorgerufen, die durch den Stillstand der SALT-Verhandlungen, durch die Stagnation der verschiedenen Verhandlungen über eine konventionelle Abrüstung und durch die Versuchung, zum kalten Krieg zurückzukehren, zum Ausdruck kommt.

Neben den politischen Konflikten herrscht in den Industriestaaten und in den Entwicklungsländern eine Wirtschaftskrise und folglich eine Krise in den beiderseitigen Beziehungen, was sich auf das Nord-Süd-Verhältnis auswirkt.

Die Industrieländer werden mit den Problemen der Inflation, Arbeitslosigkeit, stagnierenden Produktion und wachsenden Handelskontrolle konfrontiert. Die Entwicklungsländer verfügen nicht über ausreichende Ressourcen, um die elementarsten Bedürfnisse zu befriedigen. Die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen machen keine Fortschritte mehr, und der Nord-Süd-Dialog erweist sich als unfähig, zu Formen der Zusammenarbeit zu kommen, die eine uneingeschränkte Entwicklung der am wenigsten begünstigten Länder ermöglichen.

Für eine ebenso komplexe wie tiefgreifende Krise kann es keine einfache Lösung geben. Dennoch sind

wir verpflichtet, ihr in einer konzertierten Weise entgegenzutreten, denn die Probleme berühren uns alle. Die Lösungen müssen sich aus einer solidarischen, konzertierten und gemeinsamen Aktion ergeben. Europa muß sich diesen internationalen Herausforderungen stellen, indem es die Klarheit in der Analyse, den Zusammenhalt in den Prinzipien und die Festigkeit im Handeln miteinander verbindet.

Untersuchen wir kurz die Spannungsfelder. Die Invasion Afghanistans stellt gewiß eine der schwersten Krisen der letzten Jahre dar. Es handelt sich um eine Aggression gegen ein bündnisfreies islamisches Land unter massivem Einsatz der sowjetischen Armee außerhalb ihrer Grenzen und ihres Einflussesbereichs. Dieser Vorfall stellt eine schwere Beeinträchtigung einer Zone von wesentlicher geostrategischer und wirtschaftlicher Bedeutung dar, die schon anderen Konflikten und anderen Spannungen unterworfen ist.

Welche Lösung gibt es? Zunächst die Achtung der Prinzipien der Nichteinmischung, der Unabhängigkeit und der Freiheit des afghanischen Volkes. Konkrete Maßnahmen müssen in drei aufeinanderfolgenden Stufen ergriffen werden: Evakuierung aller ausländischen militärischen Streitkräfte, freie Entscheidung des afghanischen Volkes über sein Schicksal, eine internationale Garantie der Großmächte sowie der in der Region liegenden Länder, daß diese Freiheit respektiert wird.

Die westliche Welt muß mit den blockfreien Ländern eine einheitliche Front zur Verteidigung der Freiheit und der Unabhängigkeit des afghanischen Volkes bilden. Jeder potentielle Aggressor muß wissen, daß die bewaffnete Intervention in Afghanistan nicht hingenommen werden kann, und daß die Dialektik, die über Invasion und Okkupation zur Annexion führt und sich so viele Male in der Geschichte wiederholt hat, in den internationalen Beziehungen heute keinen Platz mehr haben kann.

Im Iran wurde ein Akt begangen, der im Gegensatz zum Völkerrecht steht, und der die Regeln, die die Koexistenz der Staaten bestimmten, in Gefahr bringt. Die Zeit nach der Geiselnahme hat die Dinge nur verschlimmert. Die illegale Lage hält an. Die Mechanismen, die von den Vereinten Nationen und ihrem Generalsekretär zu einer ehrenhaften Lösung der Krise ausgedacht wurden, sind gescheitert. Wir haben eine Ausweitung des Konflikts mit Konsequenzen für die Länder der Region und für die Beziehungen zwischen den Großmächten erlebt.

Der Rahmen einer eventuellen Lösung bestünde nach unserer Ansicht in der maximalen Ausschöpfung aller politischen Möglichkeiten der Vereinten Nationen, in der Aufstellung einer einheitlichen Front im Namen der Menschenrechte, um die Befreiung der Geiseln zu erreichen und in der Ergreifung aller Maßnahmen, die man für nützlich erachtet, dieser illegalen Lage ein Ende zu bereiten, ohne daß sie in einen internationalen Konflikt von unvorhersehbarer Tragweite ausartet.

Es gibt wenige Probleme im internationalen Zusammenhang, die so schwierig und komplex sind wie der Konflikt im Nahen Osten.

Zu den einstigen politischen und juristischen Problemen der Palästinafrage sind neue Aspekte hinzugekommen, insbesondere geopolitische und wirtschaftliche Aspekte, die auf das Kräftespiel der Supermächte und das lebenswichtige Interesse der Industrieländer an den Erdölressourcen zurückgehen.

Seit dem Konflikt von 1967 und trotz der Bemühungen, die zu den Verhandlungen von Camp David führten, bleiben immer noch drei große Probleme zu lösen: die Notwendigkeit, daß sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückzieht, die Anerkennung und Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf ein Heimatland, und das Problem von Jerusalem.

Aus diesen drei Elementen hat sich die palästinensische Frage soweit entwickelt, daß sie zum zentralen Thema geworden ist, das bei der Lösung des Nahostkonflikts nicht übergangen werden darf, wenn diese Lösung echt, d. h. gerecht, dauerhaft und global sein soll.

Beide Parteien müssen auf Maximalpositionen verzichten und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem Heimatland und das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit anerkennen.

Diese beiden nicht voneinander zu trennenden Ziele bilden den Kernpunkt des Problems. Um sie zu ermöglichen, muß nach Ansicht der spanischen Regierung eine neue Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen erfolgen, innerhalb derer man das vom Volk erzielte Teilergebn einbeziehen könnte, um eine globale politische Lösung des Konflikts zu suchen, die folgenden Ablauf anvisiert: Einberufung des Sicherheitsrates, um die Nahostfrage unter allen Aspekten zu behandeln. Der Sicherheitsrat sollte eine Entschliebung annehmen, die die Entschliebung 242 in dem grundlegenden Punkt der Rechte des palästinensischen Volkes vervollständigt. Es scheint sicherer, eine neue Entschliebung anzunehmen, als den Text der Entschliebung 242 zu ändern, der einige Ungenauigkeiten und die vielzitierte Doppeldeutigkeit hinsichtlich der Abweichung zwischen dem englischen und dem französischen Text über die besetzten Gebiete enthält.

Der Sicherheitsrat sollte die PLO als einzigen und legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes anerkennen, Israel und die PLO sollten sich verpflichten, diese neue Entschliebung anzuerkennen, was die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes durch dieses Land implizieren würde.

Um einen globalen Verhandlungsweg auf der Grundlage der so aufgestellten Prinzipien zu öffnen, könnte der Sicherheitsrat eine Sonderkonferenz, die auf die betroffenen Parteien, die Supermächte und einige besonders geeignete Länder beschränkt wäre, einberufen und den gesamten Fragenkomplex einer Sondersitzung der Vollversammlung unterbreiten.

Die spanische Regierung ist der Auffassung, daß dies die Prinzipien sind, die das künftige Handeln

bestimmen sollten, um den Frieden im Nahen Osten möglich zu machen.

Wir sind auch der Meinung, daß Europa auf der Suche nach diesem Frieden aufgerufen ist, eine immer wichtigere und aktivere Rolle zu spielen, um die divergierenden Positionen der Supermächte einander anzunähern und die legitimen Interessen aller direkt betroffenen Parteien zu harmonisieren.

Die spanische Haltung entspricht somit weitgehend der Entschliebung, die Sie gestern in der Plenarsitzung verabschiedet haben und über die ich mich freue.

Ich komme nun zum Problem des Mittelmeers. Es gibt da Konflikte und Spannungen, die vom Nahen Osten bis zur Straße von Gibraltar reichen. Unsere Position ist folgende: Entspannung, Zusammenarbeit und Frieden in dem Gebiet. Deshalb haben wir die Überprüfung der Mittelmeerfrage in Helsinki unterstützt.

Friedliche Lösung der Spannungen in den Maghreb-Ländern hinsichtlich des Problems der Entkolonisierung der Sahara. Zufriedenstellende Regelung des Zypernproblems entsprechend den Entschliebungen der Vereinten Nationen.

Ich möchte hier ein ermutigendes Zeichen im Hinblick auf Gibraltar erwähnen.

Spanien und das Vereinigte Königreich haben beschlossen, Verhandlungen zu beginnen, um diesem Streitfall ein Ende zu setzen.

Kommen wir nun zu den Spannungsherden, die diese Vertrauenskrise in den Ost-West-Beziehungen hervorgerufen haben.

In dieser Hinsicht erscheint es und vor allem notwendig, eine feste Haltung zu zeigen, d. h. Unterstützung der „Strategie der Eindämmung“ und der Wille Europas, Fortschritte zu seinem Einigungsprozeß zu erzielen, und gleichzeitig die Notwendigkeit der Entspannung, also feste Haltung und Entspannung, feste Haltung und Dialog. Die Versuchungen des Kalten Krieges müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Was ist Entspannung? Sie ist kein Endziel, sondern ein Weg zum Frieden. Das ist nicht nur ein einzig und allein in Europa anwendbares Schema, sondern auch eines von globaler Tragweite in den internationalen Beziehungen. Denn der Frieden, das Endziel der Entspannung, ist auch ein unteilbares Ganzes. Das ist kein statistisches, sondern ein dynamisches Konzept, das ist ein permanenter Prozeß, der es uns trotz der konjunkturellen Schwierigkeiten ermöglichen soll, auf der Suche nach dem Frieden und seiner Konsolidierung voranzukommen.

Die Form der Entspannung in Europa, das ist die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, das ist der Geist von Helsinki, der es ermöglicht, zur Schlußakte und den dort niedergelegten Prinzipien zu gelangen. Derselbe Geist sollte uns wieder zu neuen und tiefgreifenderen Erfolgen führen.

Wir haben erlebt, wie verschiedene internationale Ereignisse das politische, militärische und menschliche Panorama der Entspannung verändert haben.

Somit stellen sich folgende Fragen: Soll man mit den Vorbereitungen der Konferenz fortfahren oder soll man sie aufschieben? Soll man sich bei der Konferenz mehr als bisher auf die Fragen der Sicherheit konzentrieren oder sollen sich die drei Körbe ausgleichen? Soll man mit mehr Bestimmtheit auf den Menschenrechten bestehen?

Unsere Position in dieser Hinsicht ist klar: Die Schlußakte von Helsinki ist angelegt auf der Ausgewogenheit zwischen dem Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und dem „Recht auf Überwachung“ der Achtung der Menschenrechte. Die Grundlage dieses Geistes kann nicht ignoriert werden. Es handelt sich um eine dynamische Realität, einen Prozeß, der andauern soll. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Konferenz nicht verschoben werden soll. Aus diesem Grund setzt Spanien die notwendigen Vorbereitungen fort.

Die Schlüsselfrage ist, ob wir uns bei der Prüfung der beiden großen Ziele der Konferenz, Überwachung der Verwirklichung der Schlußakte, Diskussion von neuen Initiativen, für Präferenzen oder für Gleichwertigkeit und für Gleichgewicht oder Ungleichgewicht entscheiden.

Wir sind der Meinung, daß man eine Analyse dessen vornehmen sollte, was getan worden ist. Das muß eine sehr offene Diskussion mit aller notwendigen Kritik voraussetzen, wobei eine Konfrontation soweit wie möglich zu vermeiden ist.

Es sollte dabei auch eine Analyse neuer Initiativen geben. Diese sollten nicht allzu zahlreich, realistisch und genau formuliert sein und die wichtigen Kapitel der Schlußakte berücksichtigen. Wir dürfen uns weder nur auf militärische und sicherheitspolitische Themen noch allein auf die menschlichen Aspekte konzentrieren und auch nicht unsere ganze Aufmerksamkeit ausschließlich auf „Korb II“ richten.

Im Bereich der Sicherheit muß man sich für vertrauensbildende Maßnahmen entscheiden, die wesentlich über diejenigen hinausgehen würden, die in Helsinki aufgestellt wurden.

Im Bereich der Zusammenarbeit schlagen wir vor, daß man außer den Fragen der Energie und der Umwelt auch Probleme des Tourismus und der Auswanderung behandelt, zu denen Spanien Vorschläge unterbreiten wird. Wir sind auch der Auffassung, daß die Mittelmeerländer in Madrid gehört werden sollten.

Was die menschlichen Beziehungen angeht, so prüft Spanien, ob es sich den schweizerischen und österreichischen Vorschlägen über den Austausch von Informationen anschließt.

Ich habe von den politischen Konflikten und ihren möglichen Lösungen, die sich auf eine feste Haltung und Entspannung, d. h. auf den Dialog stützen müssen, gesprochen.

Es bleibt mir nur noch, auf die Notwendigkeit einzugehen, die internationale Wirtschaftskrise zu überwinden, und die Nord-Süd-Beziehungen wieder zu beleben. Dies erfordert ferner eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme, indem man von einer globalen Betrachtungsweise durch eine konzertierte Aktion ausgeht, jeglichen engstirnigen Nationalismus

und jeglichen Traum von Autarkie sowie die Gefahren des Neoprotektionismus zurückweist; dies erfordert ferner eine Lösung der Entwicklungsprobleme durch internationale Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit, die auf den Prinzipien der Solidarität, der Gleichberechtigung und der Beteiligung beruht, bei der alle sehr reichen Länder ihre Verantwortung übernehmen, um zur Definition und Verwirklichung eines gerechteren Entwicklungsmodells beizutragen.

Schließlich die Wiederbelebung der Nord-Süd-Beziehungen mit dem Endziel, zu einer Umgestaltung der wirtschaftlichen Strukturen im Dienste der uneingeschränkten und harmonischen Entwicklung der Völker in einem Rahmen gegenseitiger Verflechtung beizutragen. Die Industrieländer und die erdölzeugenden Länder sollten ihre Transfers und ihre öffentlichen Hilfen so anlegen, daß das wirtschaftliche Wachstum der Empfängerländer allen Schichten der Bevölkerung zugute kommt.

Zusammenarbeit, Wachstum, Entwicklung und die neue internationale Wirtschaftsordnung werden so zu eng miteinander verbundenen Begriffen und haben ein Endziel: zur Schaffung von Voraussetzungen für den Frieden beizutragen, denn ein echter Friede kann nur Bestand haben, wenn er auf den grundlegenden Ideen der internationalen sozialen Gerechtigkeit beruht.

Ein großer Teil der Probleme der Entwicklungsländer liegt in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Sie stehen zwei Versuchungen gegenüber: der der Fortschrittsfeindlichkeit und der des revolutionären Umsturzes. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Lage, in der sich Zentralafrika im Augenblick befindet, und die eine der Hauptsorgen unserer Regierung darstellt.

Das hier vertretene demokratische Europa kann eine große Rolle spielen, indem es den Anstoß zu einem grundlegenden, aber friedlichen Wandel zur Freiheit und Demokratie gibt, die diese Völker verlangen.

Alle Spannungen und alle Konflikte im politischen, geostrategischen und wirtschaftlichen Bereich, die ich soeben dargelegt habe, zeigen die Existenz einer schrecklichen Paradoxie in dieser mehr und mehr interdependenten Welt. Wir erleben eine Zeit des Mißtrauens, der Destabilisierung des politischen Kontextes und der Verzerrung der wirtschaftlichen Beziehungen, ohne den Terrorismus zu vergessen, diese neue Form totalitärer Gewalt, die unsere freien und demokratischen Gesellschaftsordnungen bedroht und die eine solidarische und konzertierte Antwort verlangt.

Der Spannungssituation in der Welt muß ein Ende gesetzt werden, indem man große Anstrengungen unternimmt, die internationalen Beziehungen zu regeln. Da ist Europa aufgerufen, eine bedeutende Rolle zu spielen, wie sie ihm auch in der Vergangenheit stets zukam.

**Abg. Dr. Mende (CDU/CSU)** fragt den spanischen Außenminister, wann sein Land diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen werde.

*Außenminister Aguirre erklärt, die spanische Regierung werde diese Frage im Zusammenhang einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung für den Nahen Osten behandeln.*

**Abg. Dr. Vohrer (FDP)** stellt die schriftliche Frage an den Vorsitzenden des Ministerkomitees, Außenminister Aguirre, ob zu den „anderen Maßnahmen“, die sich das Ministerkomitee in seinem Kommuniqué vom 10. April 1980 in Lissabon neben dem mittelfristigen intergouvernementalen Arbeitsprogramm vorbehielt, auch ein **Hilfsprogramm der technischen Zusammenarbeit für die Länder Südeuropas** gehören könne, als ein wichtiger Beitrag zur Verminderung der Ungleichgewichte in Europa.

*Hierauf antwortet Außenminister Aguirre, er könne die Frage nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ministerkomitees beantworten, da die Delegierten in dieser Frage noch verhandelten. Aber als spanischer Außenminister bejahe er sie. Auf Gebieten, auf denen der Europarat bereits Erfahrung besitzt, könne auf diese Weise Doppelarbeit vermieden werden.*

Tagesordnungspunkt:

## Die Armut in Europa

(Drucksache 4508)

Berichtersteller: Abg. Brugnon

**Büchner (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Deutschland gibt es das Sprichwort „Armut schändet nicht“. Dies wollte oder will sagen, daß ein Mensch auch mit einem Einkommen, das dem Durchschnitt entspricht oder unter dem Durchschnitt liegt, durch fleißige Arbeit und ein anständiges Leben in der Gesellschaft Ansehen erwerben kann. Ich glaube, die Informationen, die wir bei der Arbeit an diesem Bericht erhalten haben, machen die Aussage, die dieses Sprichwort enthält, in der Realität immer weniger wahr.

Es gibt viele Beispiele in unseren Wohlstandsgesellschaften, zu denen man sagen muß: Armut schändet doch. Denn die äußeren Zeichen des Wohlstandes, die finanzielle Situation und die berufliche Entwicklung, sind bei uns sehr eng mit dem Ansehen und mit der persönlichen Entwicklung, die die Menschen in der Gesellschaft nehmen, verbunden. Die Gesellschaften in Europa haben es gerade wegen dieser Tatsache zunehmend zugelassen, daß Zustände der Armut und der Unterentwicklung von Gruppen immer mehr aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt wurden. Es gibt in bezug auf die Armut in der Wohlstandsgesellschaft eine große Berührungsangst. Armut ist peinlich. Die Tatsache, daß es so etwas im 20. Jahrhundert im reichen Europa gibt, beschämt uns. Deswegen versuchen viele, eine große Distanz zu wahren und diesen Zustand mit einigen sozialen Hilfen zu verkleistern.

Ich glaube, dieser Bericht, den der Herr Kollege Brugnon vorbereitet und heute vorgelegt hat, und die Debatte in diesem Parlament haben entscheidend dazu beigetragen, dieses Problem der **Armut in Europa** aus dem Dunkel der Unbekanntheit her-

auszuführen. Dies ist außerordentlich wichtig. Über diese Zustände informiert sein bedeutet, daß mit der Änderung dieser Zustände schon begonnen wird. Ich sage dies deswegen, weil ich weiß, daß gerade viele junge Menschen in unserer Gesellschaft heute die Attribute eines übersteigerten Wohlstands in Frage stellen und einen starken Gerechtigkeitsinn entwickeln, daß sie bereit und in der Lage sind, sich für die Randgruppen der Gesellschaft, auch für die Armen hier in Europa, einzusetzen.

Unsere Aufgabe ist es, auch in den nationalen Parlamenten die Information über diese Zustände zu verbessern und unserer Bevölkerung diese Zustände bewußter zu machen.

Hand in Hand mit der materiellen Armut ist — dies wird im Bericht deutlich dargestellt — die gesellschaftliche Mißachtung zu verzeichnen. Hand in Hand mit der materiellen Armut geht die Armut an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, und vor allen Dingen dies ist der Grund dafür, daß sich diese Verhältnisse von Generation zu Generation fortentwickeln und daß die Schere zwischen Reichtum und Armut in einer hochentwickelten Industriegesellschaft eher auseinandergeht. Die Inflation in einzelnen Ländern und auch die zunehmende Arbeitslosigkeit treffen vor allen Dingen die Armen und vergrößern bei uns das Problem.

Es ist nicht damit getan, nur die sozialen Dienste zu erweitern und da und dort ein Trostpflasterchen aufzukleben; vielmehr müssen wir an die Fundamente gehen, wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß das, was wir hinsichtlich der Entwicklung der Dritten Welt als richtig erkannt haben, auch bei den Kämpfen gegen die Armut in Europa endlich zur Leitlinie wird, nämlich das Prinzip, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Dies ist das ganz entscheidende Thema dieses Berichts, und wir sind dankbar dafür, daß hier kurzfristige, aber auch mittelfristige Maßnahmen angeboten werden.

Der Ausschuß hat dieses Thema aufgegriffen und Ihnen diesen Bericht vorgelegt. Ich habe dem Berichterstatter und allen Kolleginnen und Kollegen, die im Ausschuß bei den mehrmaligen Beratungen mitgewirkt haben, dafür sehr herzlich zu danken. Wir sind sehr froh darüber, daß sich bei der Debatte an der Beteiligung so vieler Redner das große Interesse der gesamten Versammlung an diesem Thema gezeigt hat.

Ich schließe mit der Aufforderung an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Komplex hier nicht so, wie wir heute den Bericht verabschieden, aus Ihrem Bewußtsein zu verabschieden, sondern in Ihren nationalen Parlamenten dieses heutige Thema zum Beratungspunkt zu machen und dort, wo Sie in Ihren Wahlkreisen und Regionen auf die Verwaltungsstellen insbesondere auf kommunaler Ebene Einfluß nehmen können, bei der konkreten Entdeckung und Bekämpfung der Armut mitzuhelfen. Dann würde durch Ihr Engagement damit begonnen, dieses Problem zu entschärfen oder zumindest sicherzustellen, daß es an Schärfe nicht noch zunimmt. Die Information über diesen schrecklichen Zustand mitten in Europa muß dazu führen, daß an der Verbesserung dieses Zustandes gearbeitet wird. Vielen Dank.

## Empfehlung 893

## betr. die Armut in Europa

## Die Versammlung

1. stellt fest, daß es trotz eines relativ hohen Lebensstandards noch immer eine Bevölkerungsschicht in der europäischen Gesellschaft gibt, deren Einkommen erheblich unter dem Durchschnitt liegt und deren Lebensbedingungen und Unterbringung oftmals mit den allgemeingültigen Normen nicht übereinstimmen;
2. ist sich bewußt, daß es abgesehen von der Armut, die von einer Generation an die andere weitergegeben wird, neue Gruppen gibt, die sich infolge wirtschaftlicher Bedingungen und demographischer Veränderungen in einer prekären Lage befinden;
3. betont, daß die Lage dieser Bevölkerungsschichten nicht nur durch materielle Schwierigkeiten, sondern auch durch gesellschaftlichen Ausschluß, mangelnde Beteiligung am bürgerlichen, politischen und kulturellen Leben sowie durch Schwierigkeiten bei der Eingliederung in das Erziehungssystem gekennzeichnet ist;
4. bedauert, daß ein großer Teil der Öffentlichkeit in Europa sich sowohl der Existenz als auch des Ausmaßes des Problems der Armut nicht bewußt ist;
5. ist der Auffassung, daß zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Dialog zwischen den reichen und armen Ländern eingeleitet wird, die Mitgliedstaaten des Europarates eine größere Entschlossenheit zeigen sollten, die Ungleichheiten in ihren eigenen Reihen zu beseitigen;
6. ist der Überzeugung, daß eine Initiative des Europarates auf verschiedenen Ebenen es nicht nur ermöglichen würde, konkretere Ergebnisse in bestimmten Bereichen zu erzielen, sondern auch zeigen würde, daß der Kampf gegen Armut und gesellschaftlichen Ausschluß ein gemeinsames Anliegen der Mitgliedstaaten darstellt;
7. empfiehlt dem Ministerkomitee:
  - I. *kurzfristig*
    - i. innerhalb des Europarates in Koordination mit den Regierungen und lokalen Behörden eine besondere Arbeitsgruppe zu bilden, die zur Aufgabe hat, eine Bestandsaufnahme der Armut in den Mitgliedstaaten unter besonderer Bezugnahme auf Kinder zu machen, die Merkmale zu bestimmen und allgemeine Ziele zu formulieren, die durch besondere Aktivitäten im Rahmen des Arbeitsprogramms des Europarates eine gründlichere Ausarbeitung erfahren sollen;
    - ii. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, zu prüfen, ob ihre Institutionen eine angemessene Koordinierung der Maßnahmen der Zentralregierung und der lokalen Verwaltung im Hinblick auf die kumulativen Auswirkungen der Armut auf die Kinder sicherstellen;
  - iii. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, ein annehmbares Einkommensniveau zu bestimmen, das geeignet ist, die Grundbedürfnisse in den industriellen Gesellschaften zu decken, und dieses Einkommen vor allem durch die Gewährung von Beihilfen und Dienstleistungen, die vereinfacht und vereinfacht werden sollten, zu garantieren, damit sichergestellt wird, daß die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten deren Vorteile nicht verlieren;
  - iv. den unter der Ägide des Europarates stehenden Wiedereingliederungsfonds zu ersuchen, eine befürwortende Haltung gegenüber den von den Mitgliedstaaten vorgelegten sozialen Wohnungsbauprojekten einzunehmen und vor allem jenen Projekten den Vorzug zu geben, die insbesondere für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsschichten konzipiert werden und vor allem darauf abzielen, die Elendsviertel, Barackenstädte und ungesunden Unterkünfte zu beseitigen;
  - v. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, Mechanismen zu schaffen, die es insbesondere Personen in bedrängten Verhältnissen ermöglichen, zu ihrem Recht zu kommen, und zwar durch die Einrichtung von Rechtsberatungszentren in den am meisten verarmten Bezirken und städtischen und ländlichen Regionen und durch die Erteilung der notwendigen Auskünfte an diese Personen im Hinblick auf die ihnen nach der sozialen und sonstigen Gesetzgebung zustehenden Rechte;
  - vi. Maßnahmen auszuarbeiten, wodurch bestimmte Rechte ungeachtet einer Antragstellung automatisch gewährt werden, insbesondere Beihilfen, bei denen das Antragsverfahren zu kompliziert oder sogar erniedrigend für die betroffenen Personen ist, die aus diesen Gründen oft darauf verzichten, von solchen Rechten Gebrauch zu machen;
- II. *mittelfristig*
  - vii. Vorschläge für die Mitgliedstaaten mit dem Ziel auszuarbeiten, Unkenntnis und Vorurteile gegenüber armen Bevölkerungsschichten zu bekämpfen und bei den öffentlichen Einrichtungen zu beginnen, die solche Personen oft als „asozial“ oder „Sozialfälle“ anzusehen pflegen;
  - viii. Einzelpersonen das Recht auf bestimmte Dienstleistungen und Einrichtungen im Bereich der Sozialpolitik zu gewähren, und zwar durch Aufnahme des Rechtsanspruchs auf ein regelmäßiges Mindesteinkommen, auf ordentliche Wohnbedingungen und auf eine Berufsausbildung in die normativen Instrumente des Europarates, wie z. B. die Europäische Menschenrechtskonvention und die Sozialcharta;

- ix. den Inhalt des Rechts auf Ausbildung erneut zu prüfen und Maßnahmen auszuarbeiten, um seine wirksame Anwendung auf der unteren sozialen Ebene sicherzustellen, insbesondere durch die Einbeziehung eines Programms zur Beseitigung des Analphabetentums in den Mitgliedstaaten durch verschiedene Mittel in den Mittelfristigen Plan des Europarates;
  - x. diese Staaten zu ersuchen, sicherzustellen, daß bedürftige Eltern mit den erforderlichen Mitteln für den Schulbesuch ihrer Kinder ausgestattet werden und daß bei der Ausbildung der Lehrer besondere Aufmerksamkeit auf die Bedürfnisse von Kindern aus armen Familien verwandt wird;
  - xi. die soziale und politische Integration benachteiligter Gruppen in die Gesellschaft und ihre Beteiligung am demokratischen Prozeß anzuspornen und zu erleichtern;
  - xii. die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, ihre Entwicklungsprogramme nochmals zu überprüfen und dabei zu berücksichtigen, daß Armut ungeachtet ihrer sekundären Gründe weitgehend ein strukturelles Problem ist, das auf der ungleichen Verteilung von Reichtum und auf Chancengleichheit beruht.
4. stellt fest, daß die Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan nach den Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in den letzten Monaten 700 000 überschritten hat;
  5. ist der Auffassung, daß die internationale Gemeinschaft größere Anstrengungen unternehmen müßte, um das Schicksal dieser Flüchtlinge zu verbessern;
  6. vermerkt mit Genugtuung und begrüßt den Standpunkt, den das Ministerkomitee des Europarates (siehe Dok. 4514 und Addendum) kürzlich im Hinblick auf die politischen und humanitären Probleme in Afghanistan eingenommen hat;
  7. ersucht die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates:
    - i. den afghanischen Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen, die sich an dieser humanitären Aktion beteiligen, Hilfe zu gewähren;
    - ii. jede politische Entwicklung zu unterstützen, die den afghanischen Flüchtlingen unter Bedingungen, die mit der Achtung der Menschenrechte in Einklang stehen, die Rückkehr in ihr Land ermöglichen würde.

Tagesordnungspunkt:

**die allgemeine Politik des Europarats**

(Drucksache 4525)

Berichterstatter: Abg. Henares

**Das Problem der Flüchtlinge aus Afghanistan**

(Drucksache 4516)

Berichterstatter: Abg. Frau Hafstad

Entschliebung 729

**betr. die Flüchtlinge aus Afghanistan**

Die Versammlung

1. erinnert an ihre Empfehlung 889 (1980) betr. die Krise in Afghanistan und verurteilt die andauernde Präsenz der sowjetischen Armee in diesem Land sowie die Verletzungen der Menschenrechte, die es der Bevölkerung nicht ermöglichen, frei über ihre Zukunft zu bestimmen;
2. stellt fest, daß auf Grund der Invasion Afghanistans durch die sowjetischen Streitkräfte viele Menschen dieses Land unter gefährlichen Bedingungen verlassen haben;
3. ist beunruhigt über die schwierigen Bedingungen, unter denen die meisten dieser Flüchtlinge, die in Lagern untergebracht sind, leben;

**Freitag, 25. April 1980**

Tagesordnungspunkt:

**Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in Osteuropa**

(Drucksache 4522)

Berichterstatter: Abg. Atkinson

Tagesordnungspunkt:

**Die Auswirkungen des schwankenden Geldpreises**

(Drucksache 4520)

Berichterstatter: Abg. Jessel

Tagesordnungspunkt:

**Haushaltsvoranschlag für die Verwaltungsausgaben der Versammlung 1981**

(Drucksache 4512)

Berichterstatter: Abg. Jung

Tagesordnungspunkt:

**Zweiter mittelfristiger Arbeitsplan 1981 bis 1986**

(Drucksachen 4461, 4521)

Berichterstatter: Abg. Güner





